

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Mr. Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenschleifereien und Glasereien, für Stipier, Buzer, Stuckateure, Asphaltateure, Zofolierer, Ziehsenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abzählungen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Baugewerkschaften Zelle 50 A.
--	--	---

Unser Osterstreben.

Ostern ist das Auferstehungsfest der Natur. Die Lenzesgöttin Ostara schreitet leichten Fußes durch die Lande und zaubert mit silbernem Zauberfaden an Baum und Busch helles Frühlingsgrün und zarten Blütenflor. Grüne Saat strebt empor. Überall erwacht neues Leben. Und die Lerchen, Stare, Amseln, Drosseln und Finken jubelieren in den hellen Tag, bauen ihre runden Nester und sorgen für muntere Nachkommenschaft. Überall Leben. Überall Saattereiung. Überall Zukunftsstreben. Das ist das Zeichen der Ostern, des lieblichen, lebenweckenden Frühlingsfestes.

Und dieses Frühlingsstreben nach neuer Kraft und Fruchtbarkeitsfertigung muß auch unserm Baugewerksbund eigen sein. Schon der Dichter singt: „Wirf ab, Herz, was dich kränket, und was dir Sorge macht!“ Wir sollen ein Gleiches tun. Wohl wissen wir, welche Not das verfloßene Jahr unsern Arbeitsbrüdern gebracht hat. Nie zuvor geahnte Arbeitslosigkeit drückte mit bleierner Schwere auf das Arbeitsvolk und mit in erster Linie auf die Bauarbeiter. Kein Tag im vergangenen Jahre ohne arbeitslose Bauarbeiter. Und dies trotz alleräusserer Wohnungsnot. Und der Winter verschärfte die allgemeine Arbeitslosigkeit. Die wirtschaftliche Laktik der Unternehmer verursachte dies in erster Linie. Die Herren rationalisiersten ihre Betriebe, nicht um der Menschheit, sondern nur dem eigenen Nutzen zu dienen. Zugleich suchten sie die tägliche Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu drücken. Sie dachten auch nicht daran, trotz Vereinfachung der Herstellungskosten die Waren zu verbilligen. Im Gegenteil, der Lebenshaltungsindeks stieg; die Warenpreise, auch die für Baustoffe, wurden in die Höhe geschraubt. Dieser wirtschaftliche Unsin war natürlich geeignet, die so schon geschwächte Kaufkraft des arbeitenden Volkes noch mehr zu lähmen und dadurch die Arbeitskrise zu verschärfen. Was will es besagen, wenn heute von den Millionen Arbeitslosen einige hunderttausend wieder in die Arbeit eingereiht sind! Durchgreifend ist der Arbeitskrise nur zu begegnen, wenn die tägliche Arbeitszeit entsprechend verkürzt und die Kaufkraft der Massen durch Lohnerhöhungen oder Warenverbilligung gehoben wird. Und damit kommen wir auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Jeder beachte: Immer noch starren die deutschen „Wirtschaftsführer“ wie fasziniert auf ihr verschimmeltes Idol, auf das in Grund und Boden verpflanzte wirtschaftliche Rezept möglichst niedriger Löhne und möglichst langer Arbeitszeit. Mit aller Energie bearbeiten sie die — ach, so willige! — Gesetzgebungsmaschinerie, um sie ihren Wünschen gefügig zu machen. Am liebsten möchten sie den Zwölftundentag gesetzlich „verankern“ wissen. Und sie pochen auf ihre Wirtschaftsmacht, auf ihre organisierte Kraft, und glauben das, was ihnen etwa das Gesetz verlagern sollte, mit brutaler Gewalt durchsetzen zu können. Vernunftgründen sind sie nicht zugänglich. Sie wollen sich bereichern, ungeachtet der großen Volksnot. Ueber das Meer der Arbeitslosen stampft der gefühllose kapitalistische Motor unbarmherzig hinweg. Und die Reichsregierung steht diesem Treiben gelassen zu. Unter diesen Umständen kann es für die Arbeiterschaft nur eines geben: Hilf dir selbst!

Jawohl, wir müssen uns selbst helfen. Und zwar dadurch, daß wir unsere Gewerkschaften stärken, sie weiterfest und schlagkräftig machen. Starke, abzuwehrende Arbeitslosigkeit und Wintersturm haben so manchen Dachsparren am Gewerkschaftsbau gelockert und manchen Schaden angerichtet. Auch an unserm

Baugewerksbund ist die Arbeitslosigkeit nicht spurlos vorübergegangen. Wenn sich auch unser Mitgliederstand im allgemeinen stabil erhalten hat, so ist doch mancher müde geworden und viele leben noch dahin

Sei uns gegrüßt, Ostara!

Sei uns gegrüßt, Ostara!
Jugendfrisch,
In anmutig hellem Frühlingskleide
Durchschreitest du leichtbeschwingten Fußes
Nordlands Gauen.
Mit silbernem Zauberfaden berührst du
Felder, Wälder und Triften;
Und siehe! Ein zartgrüner Schleier
Legt sich auf Saatsfeld, Baum und Busch,
Knospen und Blüten kühnend
Und fruchtbarberühmend.
So bist du das hehre Sinnbild
Des Lichts, der Hoffnung und Freude,
Lenzalmend, saftfreund, frühlingskühnend,
Die Göttin froher Verheißung
Und erster Erfüllung —
Sei uns gegrüßt, Lenzesgöttin!
Und so auch wir —
Wir, die Gewerkschaft, die Organisation
Der Schaffenden und dennoch Darbenben.
Auch wir wollen den Frühling,
Auch wir streben dem Lenz entgegen.
Hoffnungsgeschwellt, taufenrend, saftfreund
Zieh wir hinaus ins brodelnde Leben,
In den Kampf um das Recht, um Menschlichkeit.
Und die Saat der Aufklärung grün,
Treibt Blüten und kühnd Fruchte,
Fruchte für alle,
Frohes Leben für alle
Und für alle die goldene Freiheit,
Die jedem Menschen gebührt kraft seiner Geburt!
So wirken und streben wir gleich dir,
Ostara, Lenzesgöttin, Schwester unsres Strebens,
Wächterin des Lichts, der Wärme und Fruchtbarkeit.
Und wir gehen entgegen
Mutig und schaffensfroh,
Lebensbejahend und siegesgewiß
Dem Menschheits-Ostern!
Sei uns gegrüßt, Ostara!

in gewerkschaftlicher Erkenntnislosigkeit. Hier müssen wir einsehen! Die Schlafenden müssen aufgerüttelt, die Unwissenden mit Erkenntnis erfüllt, die uns mit falschen Ansichten Entgegenstehenden über das wahre Wesen der Gewerkschaften aufgeklärt werden. Allen muß vor Augen geführt werden die unbedingte Notwendigkeit des organisierten gewerkschaftlichen Strebens, der Zweck und Sinn der Gewerkschaft, das Wesen und die Grenze der Gewerkschaftsmacht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß alle, die nicht zu unserer Gewerkschaft stehen, dies tun, entweder aus falscher geistiger Auffassung heraus, aus Gleichgültigkeit oder Unerfahrenheit. Einzelne vielleicht auch aus verächtlichen, selbstsüchtigen Gründen und aus Böswilligkeit. Sie alle müssen wir mit dem echten Gewerkschaftsgeist erfüllen, die falsch Gerichteten, die Gleichgültigen und Unerfahrenen belehren, die Selbstsüchtigen oder gar Böswilligen bekehren zu unserer Auffassung, zur Solidarität und Opferfreudigkeit für das Wohl des Ganzen. Das müssen wir tun. Denn wir streben nach Macht. Unsere Macht aber ist um so größer, je mehr Arbeiter sich zu unserer Auffassung bekennen und danach handeln. Je mehr solche Arbeiter wir um unsere Fahnen sammeln, um so stärker werden wir sein. Und je

größer unsere Stärke, um so größer der gewerkschaftliche Erfolg. Deshalb müssen wir unsern Baugewerksbund so stark wie möglich machen.

Worum geht es? Wir haben kurz aufgezeigt die Absicht der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu drücken. Dieser Absicht können wir nur begegnen mit unserer gewerkschaftlichen Macht. Hier muß Macht gegen Macht stehen. Der Erfolg in einem solchen Ringen wird stets vom beiderseitigen Machtverhältnis abhängig sein. Deshalb unser großes Interesse an der Stärkung unserer Gewerkschaftsmacht. Wir müssen den Unternehmerbestrebungen einen starken Damm entgegen setzen. Die Unternehmer wollen gemäß ihrer falschen Wirtschaftsauffassung maßlos verlängerte Arbeitszeit, wir halten fest am Achtstundentag. Die Unternehmer haben gemäß ihrer falschen wirtschaftlichen Einstellung ein großes Interesse an möglichst knappen Löhnen, wir wollen möglichst hohe Löhne. Es nützt uns wenig, wenn in diesem Streite die wirtschaftliche Vernunft auf unserer Seite steht. Entscheidend sind Wille und Macht. Und deshalb müssen wir unsere Macht so gestalten, daß sie mitredet und mitbestimmt. Sonst siegt der hemmungslose Unternehmerwille.

Merkt es: Ihr könnt Euer Leben lebenswert gestalten, wenn Ihr Euch klar seid über unsere gewerkschaftlichen Aufgaben, wenn Ihr einig seid und durch diese Einigkeit größte gewerkschaftliche Kraft und Macht entwickelt. Deshalb strebt nach dieser Macht. Arbeitet alle am Ausbau der Organisation. Wir machen uns stärker, wenn wir unserer Gewerkschaft immer mehr überzeugungstreue Mitglieder zuführen. Darum rüffelt auf, was im Arbeitslosen- und Winterelend das gewerkschaftliche Ziel aus dem Auge verlor, was bedrückt vom Alltagskummer oder unwirtlich und unzufrieden mit den jämmerlichen Verhältnissen in trauriger Verneinung der wirtschaftlichen Triebkräfte der Gewerkschaft den Rücken gekehrt hat! Hoffnunglosigkeit, Nutzlosigkeit, Gleichgültigkeit und ärgelnde Unzufriedenheit führen zur Unfruchtbarkeit; sie sind unsere größten Feinde. Nur Tatwille und Tatbereitschaft führen zum Erfolg. Verbürgt wird der Erfolg durch die organisierte Einigkeit. Organisierte Einigkeit aber heißt Gewerkschaft. Deshalb muß die Gewerkschaft erfüllt sein vom Wesen ihrer Sähung, sie muß verkörpern einen Sinn, ein Streben, ein Wollen, ein Ziel, die gleiche Tat. Dafür strebt und arbeitet. Dann wird Euer Erleben reich an Erfolgen sein, Euer Leben lebenswert gestaltet werden.

Draußen blüht der Lenz. Und gleichwie die Natur rüftet in neuangefachtem Schaffensdrang zu neuem Leben, zur Wiedergeburt und Auferstehung, so sollt auch Ihr tun. Am ersten zu können, ist akern und säen nötig. Adert auch Ihr, säet auch Ihr! Erweckt überall Organisationszugehörigkeit, Solidarität, Opfermut und Gewerkschaftsfreudigkeit! Das ist dann ein gewerkschaftliches Osterstreben, das taufendfältig Frucht tragen und Euch führen wird durch Drang und Kampf dem nächsten Ziel entgegen und darüber hinaus zum großen Wälderlenz, zur Menschheitsbefreiung aus der Knechtschaft Vanden!

Draußen webt der Lenz ein buntes Feiertuch. Frühlingsglocken läuten Ostern ein. Munteres Vogelgewisscher erklingt aus Busch und Baum. Heraus aus niederer Hölle und enger Nestschnecke zum gewerkschaftlichen Osterstreben für unsern Baugewerksbund! Auf daß es besser werde auf Erden!

Gesetzliche Verpflichtung zu Ueberstunden?

Von Heinz Pothhoff.

Die nachfolgenden interessanten Ausführungen des Arbeitsrechtlers Pothhoff erscheinen juristisch gut abgewogen und juristisch einwandfrei. Aber hart im Raume stoßen sie die Sachgen. Zu der praktischen Auswirkung wird es so kommen, wie wir es im Zeitungsheft unserer Nummer 15 vorausgesagt haben. Es ist richtig: Juristisch kann keiner zur Arbeit, keiner zur Leistung von Ueberstunden gezwungen werden. Aber dieses Gesetz gibt die Handhabe, im Baugewerbe Mehrarbeit ohne Ueberstundenzuschlag auszuführen zu lassen. Das ist des Übels Kern, darin liegt eine Ausnahmebestimmung gegen die Bauarbeiter. Das wissen auch die Bauunternehmer. Mit seiner Bitterung bringt das „Baugewerbe“ vom 31. März diesen Absatz im Sperrdruck; er ist ihm das Wichtigste. Die Bauarbeiter müssen sich eben stark machen, um Achtstundentag festhalten und jede Ueberstundenarbeit verweigern. Nur auf diese Weise wird der Streit wegen eines Ueberstundenzuschlags bei Bauarbeit keine praktische Auswirkung erlangen und lediglich ein theoretischer Streit bleiben.

Mit Recht ist im Leitartikel der Nummer 15 des „Grundstein“ scharfe Kritik an dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes geübt worden. Es erfüllt in keiner Weise die berechtigten Wünsche der Gewerkschaften. Aber eines tut es nicht, was in jenem Aufsatz ihm als Zweck und Inhalt nachgesagt wird: Es enthält keine gesetzliche Verpflichtung zum Ueberstundenschieben, mit oder ohne besondern Lohnzuschlag.

Vielleicht ist der Entwurf schon Gesetz, wenn diese Seiten veröffentlicht werden. Das macht jedoch nichts; denn in diesem Punkte wird das fertige Gesetz ganz sicher nicht vom Entwurf abweichen. Aber es ist unbedingt nötig, daß die Gesamtheit der Arbeiter weiß und klar vor Augen hat, daß es eine gesetzliche Pflicht zu Ueberstunden nicht gibt. Und nicht geben darf, so wenig es einen gesetzlichen Zwang zu Arbeit überhaupt gibt. Wir leben nicht mehr im Zeitalter der Sklaverei oder der Hörigkeit, in der ein Volksgenosse dem andern kraft Gesetzes „dienen“ mußte. Alle sind heute gleichberechtigte Staatsbürger, sind in ihren Entschlüssen und Befähigungen frei. Wenigstens rechtlich. Unsere Wirtschaftsordnung, die alle Sachgen, auch die zum Leben unentbehrlichen, auch den Boden und damit den Raum im Vaterlande durch das Privateigentum in die Verfügungsgewalt einzelner gibt, bedeutet einen wirtschaftlichen Zwang für die Beschloßenen, ihre Arbeitskraft denen, die über den Boden und andere Produktionsmittel verfügen, zur Verwertung anzubieten. Aber über diese wirtschaftliche Notigung hinaus gibt es keinen Zwang. Wer hungern will, braucht nicht für andere zu arbeiten.

Am allerwenigsten enthält das Achtstundentagesgesetz eine solche Verpflichtung zur Arbeit. Es ist ja ein Schutzgesetz und soll die wirtschaftliche Notigung abmildern. Der Hunger treibt die Beschloßenen in die Verfügung der Unternehmer. Diese haben zunächst das privatwirtschaftliche Interesse, die zu ihrer Verfügung stehende fremde Arbeitskraft recht gründlich auszunutzen; für wenig Lohn viel Leistung zu erzielen. Das schließt auch die Gefahr einer Ausbeutung der Arbeitszeit in sich, die

der arbeitende Mensch auf die Dauer nicht aushält. Uebermüde Abnutzung des Arbeiters, frühe Invalidität durch solchen „Raubbau“ an Gesundheit und Arbeitskraft ist früher die Folge des „freien“ Arbeitsvertrages gewesen und würde auch heute die Folge sein, wenn nicht Gewerkschaft und Staat einen Riegel vorschoben. Der staatliche Riegel heißt: Arbeitszeitgesetz.

Dieses Arbeitszeitgesetz ist ein Polizeigesetz. Es setzt die Schranken fest, innerhalb denen eine Beschäftigung von Arbeitern durch Unternehmer zulässig ist. Sonst nichts. Es beschränkt also nur die Möglichkeit der Beschäftigung; es verbietet, aber es befiehlt nicht. Das Gesetz verbietet bei Strafe dem Unternehmer, einen Arbeiter länger als 48 Stunden in der Woche oder 8 Stunden an Tage zu beschäftigen. Es rückt unter gewissen Voraussetzungen die Grenze der Strafbarkeit bis zum Zehnstundentage hinaus. Aber es nötigt keinen Unternehmer, irgendeinen Arbeiter auch nur eine Stunde lang zu beschäftigen.

Umgekehrt nötig ist aber auch keinen Arbeiter, bei irgendeinem Unternehmer eine Stellung anzunehmen und für ihn zu arbeiten. Eine solche Arbeitspflicht entsteht nur durch Vertrag. Und im Vertrage wird bestimmt, zu welchen Bedingungen der Arbeiter tätig sein muß. Zu diesen Arbeitsbedingungen gehört auch die Dauer der Arbeitszeit. Sie wird heute allgemein durch Tarifvertrag bestimmt. Die Arbeitsdauer, zu der sich der Arbeiter im Tarifvertrag verpflichtet hat, muß er innehalten. Darüber hinaus braucht er nicht zu arbeiten. Alle Ueberstunden, die nicht im Tarifvertrag als Pflicht vorgesehen sind, sind freiwillige Leistungen, zu denen der Arbeiter nicht gegen seinen Willen genötigt werden kann.

In dieser Rechtslage ist früher kein Zweifel gewesen. Erst durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 ist der Zweifel gekommen, weil die Reichsregierung den Wunsch hatte, den Arbeitern eine Pflicht zur Leistung des Achtstundentages und aller erlaubten Mehrarbeit aufzuerlegen. Aber dieser Angriff auf die Grundlagen der Sozialpolitik ist erfolgreich abgewehrt worden. Was ich als erster gegen die Absicht der Regierung geltend gemacht habe, ist heute ganz überwiegend in Rechtsprechung und Schrifttum anerkannt worden. Auch die Verordnung vom 21. Dezember 1923 ist nur ein öffentlich-rechtliches Schutzgesetz, ein Polizeigesetz, das nur bestimmt, wie lange der Unternehmer seine Arbeiter beschäftigen darf, ohne sich strafbar zu machen; das aber gar nicht befiehlt, wie lange ein Arbeiter tätig sein muß. Sondern das Maß der Leistungspflicht bestimmt sich ausschließlich nach dem Vertrage.

Auch der neue Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes steht auf diesem Standpunkt, und in der amtlichen Begründung dazu ist mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gesagt, daß das Gesetz nur die öffentlich-rechtlichen Schranken für die erlaubte Ausnutzung fremder Arbeitskraft angibt, was aber gar nicht in das Vertragsverhältnis einmischet. Das gilt auch für das Vorgesetz, das vorweg schon einige der schlimmsten Fehler der geltenden Arbeitszeitverordnung beseitigen soll.

Nun mißt sich dieses Vorgesetz allerdings doch in das Vertragsverhältnis ein, indem es bestimmt, daß unter gewissen Umständen die Ueberstunden mit einem angemessenen Lohnzuschlag zu vergüten sind. Aber auch das ist nur eine Schutzbestimmung, keine Zwangsbestimmung. Sie besagt nur: wenn der Arbeiter Ueberstunden macht, so muß ihm ein angemessener Lohnzuschlag gezahlt werden. Sie besagt keineswegs, daß der Arbeiter irgend eine Ueberstunde machen muß. Sondern er überhaupte zu Ueberstunden verpflichtet ist; zu wie vielen und unter welchen Bedingungen, das richtet sich ausschließlich nach jenem Vertrag, also in erster Linie nach dem Tarifvertrag.

Welche Bedeutung die Bestimmung über den angemessenen Lohnzuschlag für Ueberstunden im Baugewerbe haben wird, soll hier nicht näher unterfucht werden. Das hängt zum Teil auch von Anordnungen des Reichsarbeitsministers ab. Aber wie immer das Gesetz und die Ministerialverordnung lauten mögen, so ist es von Wichtigkeit, festzuhalten, daß kein Bauarbeiter durch das Gesetz zu einer einzigen Ueberstunde verpflichtet wird, zu der er sich nicht selbst durch Vertrag (Tarifvertrag) verpflichtet hat.

Das Ausbeuterchutzgesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung auch vom Reichsrat angenommen!

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung ist nun auch vom Reichsrat gegen wenige Stimmen angenommen worden. Dementsprechend werden nun auch die Wirbel über die Arbeitszeitfrage im Reichsrat rollen. Dort wird die Rechtskoalition im Einfluß der Zentrumspartei diesem Wechselbalg gleichfalls ihre Zustimmung geben. Anders ist es, wie ich das wertschätzige Volk dazu stellen wird. Und da erscheint es als eine glatte Unmöglichkeit, der Arbeiterschaft gegen ihren Willen den wirtschaftlichen Unfinn einer Verlängerung der Arbeitszeit gesetzlich aufzubürden. Das wird in nachdrücklicher Weise vor allem der in Arbeiterfreundschaftlichkeit nachdenkenden Zentrumspartei zu Gemüte geführt werden müssen, die ohne zwingenden Grund mit den arbeitserföndlichen Rechtsparteien politisch paktiert.

Die Vorstände des ADGB, des AFA-Bundes und der kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften haben zu dem Wechselbalg folgende Erklärung abgegeben:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften ebenso entschieden abgelehnt werden muß, wie der am 26. Februar veröffentlichte Vorentwurf.

Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Ueberstundenschranken des Zehnstundentages einzuschränken. In dem für die regelmäßige Ueberstundenschonung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung will der Entwurf nichts ändern. Aber selbst die Ueberstundenschonung des Zehnstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangene behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Vorstände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer und die wachsende Not der Millionen

Der Rechtshaber.

Wer kennt den Rechtshaber nicht? Wo auch nur Menschen vorhanden sind, da ist er zu finden. Besonders in einem so großen Organisationsleben, wie es die Gewerkschaftsbewegung darstellt, geht es ohne Rechtshaber nicht ab. Was die andern auch wollen, es ist falsch, und wenn die Richtigkeit des Entschlusses auch noch so klar und deutlich ist — der Rechtshaber weiß es besser. Er will eben „grundständig“ das andere, weil es ihm nicht um die Wahrheit geht, sondern um seine Person. Er will gelten. Er will etwas sein. Er will scheinen. Er!

Und das ist das sozial Wichtige der Erkenntnis seines Wesens. Es geht ihm um seine kleine Person. Darum beachtet ihn nicht! Hörst nicht auf ihn! Er denkt nicht an euer Wohlergehen, sondern an sich. Und ihr sollt nur das Werkzeug sein zur Verwirklichung seiner Größenwahnlane.

Deine Mutter sucht Dich!

Wir lesen oft im „Grundstein“ in den Anzeigen: „Früh, klar oder Franz, wo stehst Du? Daß einmal von Dir hören.“ Dies ist was alltägliches und fällt, falls es sich nur um Kollegen handelt, nicht weiter auf. Aber wenn die Suchenden Vater oder Mutter sind, die den verlorenen Sohn suchen, dann hat die Sache einen merkwürdigen Beigeschmack und es fällt unwillkürlich ein Schatten auf den Charakter des Gesuchten. Und da möchte ich eine Geschichte erzählen, um zu zeigen, daß ein auf diese Weise Gesuchter auch ein treuherziger Kerl sein kann.

Heinz war ein Kind der Liebe. Seine Mutter brachte ihn mit in die Ehe, als er schon 3 Jahre alt war. Bis dahin hatte sie als Dienstmädchen mit ihrem fargen Lohn kümmerlich für seinen Unterhalt sorgen müssen. So verlebte er seine ersten Lebensjahre bei fremden Leuten, wo er auch frühzeitig Erlöschen lernte.

Heinz bekam mit 8 Jahren einen Stiefvater. Der war zwar nicht gerade ein schlechter Mensch, aber er brachte dem kleinen Heinz niemals Liebe entgegen, er behandelte ihn grob, öfter gab es auch Schläge. Heinz war ihm immer im Wege. Die in der Ehe gezeugten Kinder, alles Mädchen, be-

handelte er besser. Als Heinz dann älter wurde, empfand er diese Zurücksetzung schmerzhaft und die ungerechte Behandlung preßte ihm oftmals Tränen ab. Seine Mutter durfte, des häuslichen Friedens halber, den Heinz auch nicht in Schutz nehmen. Leider empfand auch sie ihn als einen dunklen Fleck an ihrem Jugendleben. Und wenn der Vater abends nach Hause kam, dann wühlten die Mädchen allerhand Unrat in den Heinz zu berichten. Dabei nahmen es die nahegelegenen Dinger mit der Wahrheit nicht sehr genau, vor allem, wenn es galt, irgendwelche eigene Schuld auf Heinz abzuwälzen. Ihm wurde ja nicht geglaubt. Die Folgen waren Prügel für Heinz.

Dann kam Heinz aus der Schule. Er sollte Maurer werden. Auch die Lehrjahre waren für ihn nicht Tage der Rosen. Schwere Arbeit, farges Essen und Prügel wucherten einander ab. Bei niemandem fand Heinz Schutz, auch nicht im Elternhause, in dem er ja niemals Liebe und Wärme kennengelernt hatte. Kein Wunder, wenn Heinz die Monate und Tage gähnte bis zur Beendigung der Lehrzeit. Schon längst hatte er heimlich beschloßen, dann sofort die Heimat, die ihm niemals Heimat gewesen, zu verlassen und in die Fremde zu gehen. Das Jährl seines Heimatsojesses, die bichsten Wälder, grünen Seen und bunten Wiesenmatten heimelten ihn nicht an, ein mildes Fernweh zog ihn in die Fremde. In schlechter Kleidung und mit wenig Geld ging er hilfloswehend davon.

Heinz ist als Maurergeselle in der Welt weit herumgekommen. Endlich wurde er in einer Stadt festhakt, er verheiratete sich. Daß sich Heinz, der immer Entrechtete, sehr bald seiner Gewerkschaft angeschlossen, war für ihn eine Selbstverständlichkeit. Als eifriges und tätiges Mitglied seiner Organisation hatte er auch auf diesem Gebiete Kämpfe und Widerwärtigkeiten durchgemacht. Doch das joch ihm nicht an. Er war viel kleiner als die Herren des Lebens gewohnt. Ernst und treu wirkte er für die Interessen seiner Kollegen.

So waren inzwischen 25 Jahre vergangen. In Heinzens Heimatdorf hatten sich während dieser Zeit die Verhältnisse verändert. Sein Stiefvater war gestorben, die Schwwestern waren in die Stadt gezogen; sie hatten die Mutter allein zurückgelassen. Und die war kränzlich, sie

mußte sich kümmerlich durchs Leben schlagen. Oft dachte sie an ihre Jugend zurück noch öfter an ihren Heinz, von dem sie 25 Jahre nichts gehört oder gesehen hatte. Und nun kam die Neue. Sie sah ein, unter dem Zwange der Verhältnisse Heinz nichtig behandelt zu haben. Sie machte sich bittere Selbstvorwürfe. Und die Liebe zu Heinz, ihrem Erstgeborenen, flackerte von neuem in heißer Liebe auf. Sie sehnte sich nach ihrem Sohn. Und eine wilde Angst, ihn nie wiederzusehen, bemächtigte sich ihrer. In ihrer Verzweiflung suchte sie überall Rat. Da fügte es sich, daß sie auch einem im Nachbarhause wohnenden Maurer ihre Verzweiflung klugte. Als der hörte, daß Heinz Maurer sei, empfahl er ihr, eine Anzeige in den „Grundstein“ einzulegen zu lassen, das koste nur wenige Groschen. Wenn ihr Sohn organisiert sei, dann bekomme auch er den „Grundstein“. Dann würde sich das andere schon finden. Sie befolgte diesen Rat.

Es war des Sonntags morgens. Heinz sah mit seiner Frau beim Morgenimbiss. Der Kaffeezer kam, holte den Wochenbeitrag und brachte den „Grundstein“. Und Heinz machte es wie viele, die vom „Grundstein“ immer zuerst die hintere Seite lesen. Und da las er den Notzettel seiner Mutter.

Heinz wurde blaß. Wortlos zeigte er seiner Frau die Anzeige: „Heinz W. . . . geboren am zu dort. Wo bist Du? Deine Mutter sucht Dich.“ Frau Wwe.

Ein noch nie empfundenes übermächtiges Verlangen packte Heinz. Ein Verlangen nach der Heimat, nach der Mutter! Schnell wurden die letzten Barmittel zur Reise zusammengehakt. Die ganze Nacht wurde durdgeharrt und am andern Mittag war Heinz in seinem Heimatdorf, das er vor 25 Jahren heimlich und voller Fernweh verlassen hatte. In dem Dorfe hatte sich viel verändert. Nur einzelne alte Häuser erkannte Heinz wieder. Die Menschen, die ihm auf der Straße begegneten, waren ihm fremd. Nur seine alte Mutter fand er wieder. Weiß war sie, klein und leicht geworden. Und dennoch gab es ein schmerzhaft-tiefes Wiedersehen.

Mutter und Sohn hatten sich nach langen Jahren durch unsern „Grundstein“ wiedergefunden. W. Stamm, Wuer.

Arbeitslofer erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Sie fordern deshalb die deutsche Arbeitnehmerchaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberarbeit verbote aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Meer Baukontrollen in Preußen!

Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat, wie schon in Nr. 15 des Grundstein erwahnt, an seine nachgeordneten Stellen einen Erlaß ergahnt, in dem er einbringlich auf die Notwendigkeit einer besseren Ueberwachung der Bauten hinweist und hierbei die stärkere Mitwirkung von Baukontrollen aus den Kreisen der Arbeiter verlangt.

Der preussische Minister für Volkswirtschaft Berlin W 8, den 4. März 1927. 11 8 Nr. 430/27.

An die Herren Regierungspräsidenten, den Herren Verbandspräsidenten in Essen und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

Arbeiterkontrollen auf Bauten. Die auf meinen Erlaß vom 12. August 1926 — II. 9. Nr. 368 — erstatteten Berichte lassen erkennen, daß die Einstellung von Arbeiterkontrollen auf Bauten noch nicht überall die ihr zukommende Bedeutung beigemessen wird, und daß bei der Entscheidung über die Schaffung derartiger Stellen vielfach falsche Gesichtspunkte mitwirken.

Wie die Erlasse des Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 13. Dezember 1918 — St. 6. 71 — und vom 30. August 1919 — St. 6. 347 — erkennen lassen, sind die Arbeiterkontrollen für die Aufgahen der Unfallverhütung, nicht für die Prüfung der statischen Ausführung der Baumerke in allgemeiner baupolizeilicher Hinsicht bestimmt.

Für die Ueberwachungsstätigkeit zum Zwecke der Unfallverhütung sind sie besonders geeignet, weil sie die Arbeiten am Bau, die Oepflogenheiten von Unternehmern und Arbeitern und die praktisch bedeutsamen Mängel des Bau- und Verastmaterials aus eigener langjähriger Erfahrung gründlich kennen. Es ist Aufgabe der Baupolizeibehörde, sie bei denjenigen Bauten anzusetzen, bei denen sie vermöge ihrer Vorbildung am erfolgreichsten wirken können.

Auf die Kontrolle des Einzelfalles darf sich jedoch die Tätigkeit der Arbeiterkontrollen nicht beschränken; die von ihnen zu sammelnden Erfahrungen sind zur allgemeinen Aufklärung der Arbeiterchaft über die Berufsgesahen und zur Bekämpfung der Gleichgültigkeit, zumal in den diesfah bestehenden Arbeiterchaftskommissionen der Gewerkschaften — gegebenenfalls auch zur Erkenntnis von Mängeln in den Schulvorschriften — nach Möglichkeit nutzbar zu machen.

Auch ist die Zahl der Baukontrollen durch die Organe der Baupolizei und der Berufsgenossenschaften im allgemeinen verhältnismäßig gering. Eine ausreichende Vermehrung des Aufsichtspersonals muß schon aus diesem Grunde vielerorts angestrebt werden.

Die Einrichtung von Baukontrollen kommt insbesondere bei stärkerer Bautätigkeit, vor allem dort, wo mehrgeschossige Häuser und Industriebauten errichtet werden, in Frage. Bei schwierigen Konstruktionen, Beton- und Eisenbeton, Eisenbauten usw. ist daneben selbstverständlich eine Unfallkontrolle durch die Baupolizeibeamten nicht entbehrlich.

Bei der Bestellung der Arbeiterkontrollen ist die richtige Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten von ausschlaggebender Wichtigkeit. Es sind nur solche geeignet, die sich sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern gegenüber wirksam durchsetzen können und über eine langjährige praktische Erfahrung verfügen.

und Instande ist, Zeichnungen zu lesen, die Bestimmungen der Bauordnung und die Unfallverhütungsvorschriften auch in der Praxis anzuwenden und Verstöße einwandfrei zu erstatten. Es ist anzuerkennen, daß in ländlichen Verhältnissen nicht überall geeignete Persönlichkeiten zur Verfügung stehen.

Ich erlaube, auch weiterhin der Verbesserung des Bauarbeiterchafts mit Hilfe der Einstellung von Arbeiterkontrollen durch die Gemeinden Ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Gelegentlich eines Einzelfalles mache ich endlich darauf aufmerksam, daß auch bei der Ausführung von Reichs- und Staatsbauten die polizeilichen Vorschriften zu beachten sind, und zwar auch dann, wenn nach den Bauordnungsbestimmungen diese Bauten von den polizeilichen Abnahmen befreit sind.

Dieser Erlaß wird in dem Amtsblatt meines Ministeriums veröffentlicht. Auf die Erlasse vom 14. November 1925 — II. 9. Nr. 698 — V. M. Bl. S. 445/25 und vom 7. Juli 1926 — II. 9. Nr. 259 II — V. M. Bl. S. 779/26, weise ich hin.

Dieser Erlaß ist nicht zuletzt auf die Fähigkeit unserer Vertreter im Landtag zurückzuführen, die sich fortgesetzt und in dankenswerter Weise um die Verbesserung des Bau-

Mer die Verwirklichung der sozialistischen Lebensgestaltung in die Zukunft verlegt und wer sich auf die selbsttätige Wirkung künftiger „Verhältnisse“ verläßt, der spricht dem Sozialismus selbst das Todesurteil aus. Hendrik de Man.

arbeiterchafts bemühen. Der Wohlfahrtsminister hat zweifellos den besten Willen, den Schutz der Bauarbeiter zu fördern. Leider sind die „nachgeordneten Stellen“ bisher nur in sehr geringem Umfange den ministeriellen Anordnungen nachgekommen.

Es ist jetzt Aufgabe der Bauarbeiterchaftskommissionen, bei den preussischen Gemeinden und Kreisen auf die Einstellung von Baukontrollen zu drängen. Sonst ist zu befürchten, daß auch dieser Erlaß des Wohlfahrtsministers nicht befolgt wird.

Bei der Einstellung von Baukontrollen haben die Gewerkschaften das Vorschlagsrecht. Die in dem Erlaß gestellten Bedingungen an die Vorhennisse der dafür in Aussicht genommenen Personen sind durchaus beachtlich. Es muß darauf gesehen werden, daß nur Kollegen in Vorschlag gebracht werden, die den ihrer als Baukontrollen harrenden Aufgahen auch voll gewachsen sind.

Die Unternehmer des Baugewerbes werden über diesen Erlaß nicht entzückt sein. Sie sind Gegner der Mitwirkung der Arbeiter in der Bauaufsicht, sie versuchen immer wieder die Einstellung von Baukontrollen zu verhindern und die bereits als Baukontrollen tätigen Kollegen als ungeeignet und unfähig hinzustellen.

Der Erlaß des Wohlfahrtsministers dagegen erkennt rückhaltlos die Tätigkeit der Baukontrollen an und weist ihnen außer der Kontrolle der Bauten als weitere Aufgabe die Aufklärung der baugewerblichen Arbeiter über die Berufsgesahen zu. Hier eröffnet sich für die Baukontrollen ein neues und großes Tätigkeitsfeld, auf das die Gewerkschaften schon lange hingewiesen haben.

Bauarbeiterchaft, Urlaub und Erholungsheime in Rußland.

Von Arthur Koch, Miesbach. Wenn ich über den Stand des Bauarbeiterchafts in Rußland etwas sagen soll, so muß ich voraussetzen, daß ich nicht Maurer bin, also genaues Fachwissen bei mir nicht vorausgesetzt werden kann.

Die Leistung des russischen Bauarbeiterverbandes teile uns mit, daß sie durch die starke Zunahme der Bautätigkeit große Forderungen im Arbeiterchaft stellen mußte, zumal die Unfälle ständig zunahmten. Allein in Moskau wurden von 1. Mai bis 1. Oktober 1925 438 Unfälle gezählt, darunter 12 schwere, und 13 Todesfälle.

Die Leistung des russischen Bauarbeiterverbandes teile uns mit, daß sie durch die starke Zunahme der Bautätigkeit große Forderungen im Arbeiterchaft stellen mußte, zumal die Unfälle ständig zunahmten. Allein in Moskau wurden von 1. Mai bis 1. Oktober 1925 438 Unfälle gezählt, darunter 12 schwere, und 13 Todesfälle.

Es sei mir nunmehr noch gestattet, über einiges zu berichten, was sich nicht speziell auf die Bauarbeiter bezieht. Zunächst etwas über Urlaub und Erholungsheime.

Wie steht es damit in Wirklichkeit? Kann der russische Arbeiter alljährlich seinen Erholungsurlaub in solchen Heimen verbringen? Zunächst sei festzustellen, daß in Rußland solche Erholungsheime vorhanden sind.

Unterschieden muß werden zwischen den gewöhnlichen Erholungsheimen, den Sanatorien und den Kurorten. In den Erholungsheimen findet der Urlaub, der seinen jährlichen Urlaub antretten hat; die Verweilungsfrist darf aber 2 Wochen nicht übersteigen.

Für uns kommt in erster Linie in Betracht, ob die russischen Arbeiter alljährlich ihren Urlaub in Erholungsheimen verbringen können, um dann nach Ablauf dieser Zeit körperlich und geistig kräftig wieder ihrer Arbeit nachzugehen.

Wenn ich über den Stand des Bauarbeiterchafts in Rußland etwas sagen soll, so muß ich voraussetzen, daß ich nicht Maurer bin, also genaues Fachwissen bei mir nicht vorausgesetzt werden kann. Ich beschränke mich nur darauf, das Material zu verarbeiten, das bei mein Zimmerkollege, ein Zimmermann aus München, gegeben hat, und das, was in den statistischen Daten über den Bauarbeiterverband der U. d. S. S. R. enthalten ist.

Zahlen fehlen, nehmen wir nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Maßstab.

In Kurorte kommen, ähnlich wie in Deutschland, nur bei den Gebietskrankenkassen versicherte Arbeiter und Beamte. Es werden zugelassen 80 % Arbeiter und 20 % Beamte. Im Jahre 1926 haben die Krankenkassen 1750 Versicherte in ihre 3 eigenen Kurorte befördert, während noch 525 Versicherte befördert wurden, für die in dem „Sommer Physiko Institut“ Plätze gemietet wurden.

Wir haben eine große Zahl Erholungsheime besichtigt. Wenn auch nach dem Gesetz der Bauer genau denselben Platz im Erholungsheim, im Sanatorium oder im Kurort beanpruchen kann, so haben wir nie einen einzigen Bauer vorgefunden. Außerordentlich befremdend kam es uns auch vor, wenn wir nach der Zugehörigkeit zur politischen Organisation fragten, daß im Durchschnitt 80 % der Anwesen des Erholungsheimes bei der kommunistischen Partei oder dem kommunistischen Jugendverbande organisiert waren; in Malta bei Juktus waren es 87 %. Zahlen reden! Diese Zahlen hat jeder Augenbeobachter, aber keiner wendet sie an. Es erweckt bei nahe den Anschein, als wenn das Material ohne zu denken gelesen wurde. Wer es aber folgerichtig durchhüffelt, der wird zu dem gleichen Ergebnis kommen wie die hervorragenden Volkswirtschaftler aller Parteien, die 8 und 10 Monate zu Studienweiden in Ausland waren. Aber nur da m i t wird man den deutschen und russischen Arbeitern gerecht!

Rationalisierung und Bauarbeiterlöhne in Amerika.

Während das deutsche Unternehmertum an der Aufzählung, die Wirtschaft könne nur durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit gehoben werden, krampfhaft festhält, hat Amerika auf dem umgekehrten Wege bekanntlich geradezu erstaunliche Ergebnisse erzielt. Trotzdem die amerikanischen Löhne in den letzten 3 Jahren immer mehr stiegen, merkt man dort nichts von einem Niedergang der Industrie. Im Gegenteil! Dort hat man es verstanden, die Rationalisierung zur Hebung der gesamten Volkswirtschaft zu benutzen. Die amerikanische Rationalisierung wird von ganz andern Gesichtspunkten aus betrieben als die deutsche. In der deutschen Unternehmensepresse wird die Sache häufig so dargestellt, als ob sich die Arbeiter gegen die Rationalisierungsbestrebungen sträubten, weil sie gegen eine Steigerung der Arbeitsintensität sind. Es würde den Leuten, die so etwas schreiben, schwer fallen, ihre Angaben zu beweisen. Und die Werbung auf Amerika wird geradezu lächerlich. Die amerikanische Rationalisierung hat außer dem starken Anstieg der Steigerung der Produktivität durch technische und betriebsorganisatorische Verbesserungen eine ganze Reihe Eigenschaften, von denen man in Deutschland gar nichts merkt. Man erstrebt dort die Kräftigung des inneren Marktes; zu diesem Zwecke erhöht man die Kaufkraft des Volkes durch steigende Löhne. Gerade auf die Organisierung immer größerer Absatzmöglichkeiten legt man den größten Wert. Das Mittel hierzu ist vor allem ein auskömmlicher Lohn. Und man hat bis jetzt noch nichts davon gehört, daß die amerikanischen Unternehmer sich über so hohe Löhne beklagt hätten.

Kürzlich hielt der amerikanische Architekt Garbath B. Corbett im Institut britischer Architekten zu London einen Vortrag über die Löhne in Amerika. Dabei kam der Redner zu der folgenden interessanten Feststellung: Trotzdem die verschiedenen Grade der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter in Amerika die Stunde vier bis fünfmal so viel verdienen als in London, stellen sich die Kosten je Quadratfuß fertigen Bauwerks in Newyork durchaus nicht leudert als in London. Die Stundenlöhne der Bauarbeiter in Newyork und London sind:

Table with 2 columns: Beruf, Newyork, London. Rows: Maurer (7,25 vs 1,90), Stukateure (10 vs 1,90), Eisenarbeiter (7,50 vs 1,45).

Genüß sind die Löhne der Bauarbeiter am höchsten, aber auch in den anderen Industrien sind die Löhne, nach europäischem Maßstab gemessen, hoch. Allerdings sind die Löhne der Angestellten vielfach niedriger als die der Arbeiter.

Corbett sagt, das Geheimnis der amerikanischen Produktion liege in einer wohlüberdachten Organisation, oder wie es im „deutschen“ Sprachgebrauch heißt: „Rationalisierung.“ Gätte man diese nicht, so wären die Produktionskosten unerträglich. Wenn der Lohn 60 % der gesamten Produktionskosten betrage, müßte man schon versuchen, jede auch nur halbwegs vermeidbare Störung des Arbeitsprozesses zu verhindern. Aus diesem Grunde beschäftigen die großen Konstruktionsfirmen sehr gut bezahlte Leute, deren Aufgabe es ist, unnötige Zeitverschwendung auszuschalten. Das Baumaterial muß auf die bestimmte Minute zur Stelle sein, dabei kommt hier alles auf den psychologischen Moment an. Das Baumaterial darf nicht zu früh kommen, da sonst die Gefahr der Lieberbürdung der Baustelle oder der Strafe entsteht, es darf auch nicht zu spät geliefert werden, da sonst die Maurer und Dampfschlepper (man denke an die Wolfskater!) am Fortgang der Arbeit gehindert werden und Löhne erhalten, wofür sie keine Arbeit leisten können. Der ganze Bauprozess wird mit mathematischer Genauigkeit ausgeführt.

Dr. Corbett hat ein wahres Loblied an auf den volkswirtschaftlichen Sinn hoher Löhne. Es sei mandamal ein Vergleichen, zu beobachten, wie die Arbeiter danach trachten, die Arbeitsintensität zu steigern, da dieses ja auch wieder gut bezahlt würde. Die Reallohne seien 14 bis 18 Dollar (53 bis 87 %) je Tag! Die sittliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse gese Pand in Hand mit dem Steigen der Löhne.

Ist es vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet nicht geradezu aufreizend, wenn man unter solchen Umständen

im deutschen Unternehmerrlager von „amerikanischen Wunder“ spricht? Dieses „Wunder“ besteht in Massenproduktion, in verbilligten Waren und hohen Löhnen! In Amerika hat man längst den volkswirtschaftlichen Wert hoher Löhne erkannt. Nur in Deutschland „rationalisiert“ man das Volkleben zu Tode und sieht das Alibiemittel für die „Wirtschaft“ in niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit.

Aus der Sozialgesetzgebung.

Unfälle auf dem „Seimwege“. Nach § 545 a RVO. gilt jetzt als Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betriebe der mit der Beschäftigung in diesem Betriebe zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte. Ein Arbeiter war auf dem Wege von der Arbeitsstätte mit einem Kraftwagen überfahren und tödlich verletzt worden. Die Berufsgenossenschaft wies die Hinterbliebenen mit ihren Rentenansprüchen ab mit der Begründung, der Verunglückte habe nicht den nächsten Weg von seiner Arbeitsstätte nach der Wohnung gewählt, habe vielmehr einen Umweg gemacht. Weshalb der Getötete den — nur kleinen, im Verhältnis zur Länge des ganzen Seimweges unmerklichen — Umweg gemacht hatte, konnte nicht festgestellt werden. Die Sache kam zur Entscheidung vor das Reichsversicherungsamt, nachdem das Oberverwaltungsamt den Rentenanspruch anerkannt hatte. Auch das Reichsversicherungsamt verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Leistung. In der Begründung der Entscheidung (La 2045/26) heißt es: „Bei Beratung des § 545 a RVO, im Reichstag hat sich ein Regierungsdirektor dahin ausgesprochen, es hänge von den Umständen des Falles ab, inwiefern eine Abänderung des sonst üblichen Weges zur Arbeit infolge von Verordnungen die Versicherung des Arbeiters als Betriebsweg beschränke, es komme darauf an, ob und inwieweit der Weg mit Rücksicht auf die Art, Dauer und die Veränderung nach der Beschäftigung des Lebens als der durch die Beschäftigung im Betriebe veranlaßte Weg zur Arbeitsstätte oder von ihr zur Bewohnung gelten könne. ... Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen hat der erkennende Senat als der Ansicht des Gesetzgebers entsprechend angenommen, daß eine Abweisung vom gewöhnlichen Wege nach und von der Arbeitsstätte nicht unter allen Umständen den Zusammenhang mit dem Betriebe ist, und im vorliegenden Falle kein Bedenken getragen, den lediglich die Dauer des Seimweges unwesentlich ändernden Weg ... noch als den mit der Beschäftigung im Betriebe zusammenhängenden Weg von der Arbeitsstätte im Sinne des § 545 a RVO. anzusehen.“

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 21. März 1927.

Table showing unemployment statistics for various trades in the construction industry as of March 21, 1927. Columns include trade names, number of workers, and unemployment counts.

Auch die diesmalige Zählung ergibt einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Berichtet haben von 684 Baugewerkschaften 682 mit 324 418 Mitgliedern. Davon waren 87 292 arbeitslos gegenüber 101 834 in der vorigen Woche. Das sind 28,91 % gegen 31,48 % in der Vorwoche. (Am 22. März 1926 waren 35,75 % arbeitslos.) Im Bezirk Königsberg ist in der Berichtwoche die Arbeitslosigkeit von 79,5 % auf 65,8 % zurückgegangen, in Danzig von 52,5 % auf 50,1 %. Ueber 30 % Arbeitslose haben noch die Bezirke Breslau mit 39,7 %, Köln 36,7 %, Nürnberg 33 % und Karlsruhe mit 30,6 %. Die niedrigste Arbeitslosen-Ziffer haben wieder die Bezirksverbände Hannover mit 12,3 %, Bremen mit 12,6 % und Hamburg mit 14,2 %. Außer bei den Olfenern hat die Zahl der Arbeitslosen bei allen Berufsgruppen abgenommen. Bei den Maurern von 48 974 auf 39 035, bei den Hilfsarbeitern von 39 320 auf 34 571. Erdarbeiter wurden 6473 (in der Vorwoche 7070) als arbeitslos gezählt.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gesperlt ist in Anklam die Regierarbeiten der Pommerischen Zuckerrabrik, in Burgfelde bei Jwohnsenabn (Baugewerkschaft Oldenburg) der Unternehmerr Kuchs, in Borna die Bauten des Bergbaulichen Vereins, in Hamburg die Firma Job. Th. Amelung, in Hannover der Neubau der Papierfabrik, in Söhlenburg (Baugewerkschaft Hagen) die Firma Danahage & Co., in Kallies-Rißel (Baugewerkschaft Starogard) das Baugeschäft Otto Schröder, Rißel, in Lützenrode Chr. Fierferling, in Mittelb.-Welfeloo (Baugewerkschaft Emden) der Unternehmerr Mehrlings aus Mit-Jütern, Remminger der Albruchsarbeiten bei den Bahnerwerken, Wöber & Oppenheimer, in Oßersack bei Baustellen der Unternehmerr Ludwig Schmidt, Ingenieur Hundertmark und Julius Rammede,

in Parchim die Firmen Schnell und Kniebusch, in Rosenburg L. S. der Unternehmerr Frömming, Wischhöbe, in Wefermünde die Arbeiter der Firma Simme.

Fotolierer: Gesperlt ist Winger & Co. in Elberfeld, Kunststein- und Terrazzoarbeiter: Oldenburgische Kunststeinwerke (Inhaber Bruno Gauer) in Liffi.

Stukateure: Gesperlt ist die Fa. Jiller in Hiesfeld. Stukateure: Gesperlt ist für Ofenseher in Berlin-Glücksfelde das Ofensehgeschäft Carl Weber, ferner in Schmin in der Mark die Ofenfabrik Carl Weber, Buzg bei Magdeburg (Ablemann). Für Scheibendöpler ist Erwin Gesperlt.

Straßbau. Bei der Berliner Firma Reinke & Co., Baustelle Insel Riems bei Oranienburg sind Differenzen ausgebrochen. Vor Arbeitsanname wird gemart. Wildungen. Hier bestehen Differenzen der Löhne wegen.

Aus den Baugewerkschaften

Geminit. Am 20. Februar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Generalversammlung ab, an der 49 Sachgruppen- und Beiratsstellvertreter teilnahmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff die Verlesung des Antrages der verstorbenen Mitglieder, von denen viele mehr als 20 Jahre dem Baugewerksbund die Treue bewahrt haben. Den Jahresbericht erstattete G. Schmitz. Im Berichtsjahre sind im Gebiet unserer Baugewerkschaft 806 Neubauten errichtet worden, darunter 454 Wohnhäuser mit 1543 Wohnungen. Auf die Stadt Geminit entfallen 241 Wohnhäuser mit 1005 Wohnungen. Außerdem wurden 442 Industriebauten errichtet, darunter auch keine Anbauten. Um- und Aufbauten, von denen 423 festgestellt werden konnten, brachten weitere 93 Wohnungen. Ein beträchtlicher Teil unserer Mitglieder war dauernd arbeitslos. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres verringerte sich ihre Zahl, was besonders bei den Maurern durch längere Belegung des Wohnungsbaues der Fall war. Dagegen stieg noch die Zahl der erwerbsfähigen Hilfs- und Tiefbauarbeiter. Das hatte seine wesentliche Ursache darin, daß in den ersten Monaten des Berichtsjahres in den Landgemeinden und Vororten eine Anzahl Kollegen bei Notstandsarbeiten beschäftigt war, später aber keine größeren Notstandsarbeiten mehr in Angriff genommen wurden. Das rege Leben in unserer Baugewerkschaft kommt in der großen Zahl der Versammlungen zum Ausdruck. Eingehend behandelte Schmidt die Stellung des Baugewerksbundes zum Arbeitschutzgesetzentwurf und kritisierte die ungünstige Stellung, die die Bauarbeiter in dem Entwurf einnehmen. Er freiste darauf den Metallarbeiterkongress und wies auf die Bedeutung dieses Kongresses für die Bauarbeiter hin. Mit Rücksicht forderte Schmidt zur Einhaltung des Achtstundentages auf. Das Baulegitimationen hat sich gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert, kann aber immer noch nicht als befriedigend gelten. Besonders in den ländlichen Gebieten fehlen sehr oft die Baustellenbetriebsvertretungen. Die starke Zunahme der Zahl der Differenzen an den Baustellen und die vermehrte Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis, die bei den Gerichten ausgetragen werden mußten, ist ein Beweis der geringen Bauqualität. In 29 Klagenfällen, in denen der Baugewerkschaftsvorstand die Vertretung übernommen hatte, wurden insgesamt 4048,86 M. ausgezahlt. In 13 Fällen wurden Vergleiche erzielt, die eine Gesamtsumme von 312,28 M. brachten. Diese Summe wäre bestimmt noch höher gewesen, wenn sich alle Kollegen rechtzeitig an die Baugewerkschaftsleitung gewandt hätten. Den Jahresbericht erstattete Müller. Bei einem Mitgliederbestand von 2959 haben wir für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von 112 945 M. gehabt. Für die Notfälle wurden 68 774,90 M. eingenommen, denen eine Ausgabe von 42 516,17 M. gegenüberstand. Der Notfallbestand beträgt 24 258,73 M. Durchschnittlich sind je Mitglied im Berichtsjahre 34,8 M. durch abgelegt worden. Die rege A u s p r a c h e bewegte sich in zum Teil dem Sinne. Leipzig, Dresden, behandelte eingehend die Stellung des Bundes zu den Reichsarbeitsvertragsverhandlungen. Gesperlt wandte sich die Besammlung gegen die gewerkschaftsfeindliche Schreibweise des „Kämpfer“. Der bisherige Vorstand wurde gegen nur wenige Stimmen wiedergewählt. Vorsitzender ist Max Schmitz, Stellvertreter Weise, Kassierer Bruno Müller, Stellvertreter Schneider. Vor dem Schiffsführer wurde G. Stoffe, zu Weisigern wurden Federer, Gaj, Siegert, Jünnemann und zum Jugendleiter wurde Knorr gewählt. Zu Revisoren wurden wiedergewählt: Gaj, Schubert und Tröger, Söhlenstein. Die Anträge zur Abänderung der Ortsstatuten wurden nach kurzer Aussprache fast einstimmig abgelehnt. Mit der Ermächtigung, auch weiterhin an dem Ausbau und der Verstärkung unserer Organisation zu arbeiten, wurde die Besammlung geschlossen.

Darfstatt. In der am 6. März abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurden zunächst des Antrages der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gehandelt. Anwesend waren außer den Funktionären 62 stimmberechtigte Beiratsstellvertreter. Der Kartellvorsitzende G. Schmitz hielt einleitend einen Vortrag über Arbeiterzucht und soziales Recht, der großen Beifall fand. Die Kollegen Meier und Hertel gaben darauf einen Rückblick auf das verfloßene Jahr, das für die Arbeiterzucht ein Jahr schwerer Sorge war. Die wirtschaftliche Krise wurde von den Unternehmern dazu benutzt, der Arbeiterzucht Niederlagen zu bereiten. Die Bauarbeiter, die unserer Organisation in dieser schweren Zeit die Treue bewahrten, haben aber dieses abgewehrt. Nicht nur die Unternehmerrverbände im Baugewerbe stehen uns gegenüber, sondern auch die gesamte Großindustrie will uns nicht vorwärtskommen lassen. In den ersten 8 Monaten des Berichtsjahres sind überhaupt an keine Arbeitsmöglichkeit zu denken. Im April und Mai sahen es, als ob sich die Beschäftigung besserte. Aber auch dies war Täuschung. Ein Teil unserer Kollegen hat sogar während des ganzen Jahres keine Arbeit gefunden; wieder andere konnten nicht einmal so lange arbeiten, daß sie eine bezugsfähige Beschäftigung für den Beginn des Erwerbslosenunterstützung nachweisen konnten. Unsere Baugewerkschaft erstreckt sich über weitläufige Landstriche; sie ist organisatorisch

weitläufige Landstriche; sie ist organisatorisch

50 Baustellen zusammengefaßt. In diesem Gebiet wurden im Berichtsjahre 1058 Neubauten, darunter 884 Wohnhäuser mit 1222 Wohnungen, errichtet; außerdem wurden 905 Um- und Aufbauten ausgeführt. Groß ist immer noch die Zahl der Wohnungsjugendlichen. In Darmstadt betrug ihre Zahl 4000, darunter 1100 dringliche, im Kreise Dieburg 560, im Kreise Bensheim 1160, im Kreise Groß-Gerau 778 und im Kreise Darmstadt 816. Das Berichtsjahr brachte uns in den Lohn- und Arbeitsbedingungen wenig Veränderungen. Für die Hauptberufe wurde, entsprechend dem zentralen Einkommen, die Geltungsdauer der Tarif- und Lohnvereinbarungen verlängert. Einen Verschleppungsversuch, den sich die Gewerkschaften erlaubten, um Sitzungen der Ferien und des Stundenlohnes zu erzielen, ist durch Arbeitsüberlegung in einem Tag abgewendet worden. Das Bundesdelegiertenwesen ist im allgemeinen nicht befriedigend. Es darf in Zukunft nicht vorkommen, daß Baustellen ohne Delegation sind. Immer wieder müssen unsere Kollegen darauf hingewiesen werden, daß sie unter allen Umständen von dem tarifvertraglich und gesetzlich gewährleisteten Recht der Betriebsüberlegung Gebrauch machen müssen. Der Besondere zum Schutze der Bauarbeiter muß mehr Beachtung geschenkt werden. Der Bauarbeiter darf im Baukontrollur nicht seinen Feind sehen, sondern er muß bestrebt sein, ihm seine schwere Arbeit zu erleichtern. Bei 2708 Revisionen wurden 968 Verfehlungen festgestellt. Strafzettelungen wurden 17 erhoben. Arbeitsstellen wurden 8 statt. In einem Landkreise wurden bei 51 Revisionen 144 Verfehlungen festgestellt. Das sollte den Bauarbeitern allerorts Veranlassung sein, stets mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft für den Bauarbeiterstand zu wirken. Der Massenbestand betrug am Jahresanfang 8431,09 M., die Mitgliederzahl 2048. Wichtig ist die Zahl der wegen Schulden getriebenen Mitglieder, die 265 beträgt. Nur durch scharfe Kontrolle an den Baustellen kann diese Zahl herabgemindert werden. In der Ausgabe nahm die Versammlung eingehend Stellung zu dem gedruckten vorliegenden und mündlich erläuterten Bericht und erklärte sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Unser Bezirksleiter, Kollege Hüttmann, hielt darauf einen Vortrag über die Notwendigkeit eines Reichstariervertrages, der auch die Söhne regelt. Die Reichstarierversicherung ist auch in unserm Gebiet sehr groß. Einige Anträge wurden einstimmig angenommen. Bei der Vorstandswahl wurden der bisherige Vorstand und die Revisoren einstimmig wiedergewählt. Kollege Reiter forderte zum Schluß nochmals auf, überall eine rege Werbearbeit für unsern Bund zu entfalten.

Dreimund. Am 27. Februar tagte unsere Generalversammlung. Anwesend waren vom Bundesvorstand Kollege Werthmann, vom Bezirksvorstand Kollege Hüttmann. Den Geschäftsbereich erläuterte Kollege Reiter. Das Jahr 1926 ist kein gutes Baujahr gewesen. Früher war das Industriegebiet Aufschwunggebiet für Arbeitskräfte, in den letzten Jahren besteht Lieferengpass. Von der Arbeitslosigkeit sind unsere Kollegen stark betroffen worden. Im Mai des Berichtsjahres waren noch 40% und im Juli 25% unserer Kollegen arbeitslos. Unter Arbeitslosigkeit hatten die Hilfsarbeiter am meisten zu leiden. Im Berichtsjahr sind über 200 Neubauten weniger errichtet worden als 1925. Errichtet wurden 706 Neubauten; davon waren 225 Industriebauten. Der Wohnungszugang betrug nur 1191, während die Zahl der Wohnungsjugendlichen insgesamt 18 174 und die Zahl der fehlenden Wohnungen 15 584 beträgt. Die Zahl der Wohnungsjugendlichen ist gewiß noch größer, da einige Wohnungsämter Wohnungsjugendliche im Alter unter 25 Jahren nicht in die Listen eintragen. — Die Stadt Castrup-Auzel lehnt es ab, Auskunft über die Bautätigkeit zu geben. Das Amt Wairop hat auf unsere Anfrage überhaupt nicht geantwortet. — Von der Baustellenliste wurden 4687 Bauarbeiter erfaßt. Länger als 8 Stunden arbeiteten 2167 Kollegen. Hierdurch sowie infolge der schlechten Bautätigkeit bekamen wir einen Lohnabzug von 5%. Für die Fliejenleger wurde ein Alfordiarvertrag abgeschlossen. Für die Suktateure war es nach möglich, einen solchen abzuschließen; es ist ein Baustellenvertrag abgeschlossen worden, wofür von beiden Parteien Verbindlichkeitsurkunden beantragt wurde. Über der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erhob Einspruch. — Für die Schlichterarbeiten war es möglich, unter Mitwirkung des hiesigen Schlichtungsausschusses einen Tarifvertrag abzuschließen und eine Lohnzuschußung von 4 3/4 Stunde herauszugeben. Die Bauarbeiter haben auf gute Organisation gehalten. Jetzt ist aber die Werbearbeit erschwert, weil ein großer Teil von Arbeitern, die aus anderen Berufen zum Baugewerbe kommen, in anderen Berufen organisiert ist. Wir müssen dafür sorgen, daß die Verhältnisse des Baugewerbes, monatlich, die 6 Wochen in anderen Berufen arbeiten, der zuständigen Organisation angehörend müssen, durchgeführt werden. Auf jetzt vielen Baustellen stellen die Baudelegierten. Dort ist auch der Bauarbeiterstand nicht so beachtet worden, wie es notwendig ist. Im letzten Juli/Jahr 1926 haben sich 3 schwere Baumfälle ereignet, wobei 4 Kollegen ums Leben kamen. Klagen am Gewerbegericht hatten nur 69, die 82 Termine erforderten. 4 Klagen wurden zurückgegeben. Insgesamt sind 4325,43 M. ausgetagt worden. Aus dem Jahre 1925 überboten noch 3 Klagen beim Landgericht, die zu unsern Ungunsten entschieden wurden. Der frühere Baustellenfaktierer von Höhe, Scharze, wurde wegen Unterschlagung zu 4 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist und Zurückzahlung der unterschlagenen Summe verurteilt. — Rickau erklärte darauf die Jahresabrechnungen, aus denen die große Gewerkschaft hervorging. Im 3. Vierteljahr wurden 18 565 Vollbeiträge und 11 981 Freimärkte umgelegt. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 24 437,20 M., die Vorkasseneinnahme 24 433,30 M., ihre Ausgabe 2261,82 M. Der Markenumsatz sowie die Einnahme und Ausgabe im 4. Quartal sind fast ebenso hoch. Insgesamt sind im Berichtsjahr 64 584 Vollbeiträge und 36 285 Freimärkte umgelegt worden. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 78 830,45 M., die Ausgabe 75 899,46 M. Die Einnahme der Vorkasse betrug 50 685,40 M., ihre Ausgabe 35 676,90 M., es verbleibt somit ein Bestand von 15 008,50 M., der restlos in den Baustellen-, im Baustellen-Betriebsverband und Konsumverein angelegt

ist. Die Übernahme des Vorkassensbestandes ist auf die große Gewerkschaft zurückzuführen. Mit Ausnahme einzelner kleiner Unregelmäßigkeiten ist die Kasseierung zum Bestanden gegangen. Voricht ist aber auch künftig bei Vorschlägen und Wahlen von Kassierern und Hilfskassierern erforderlich. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Den Bericht der Besonderekommission erläuterten die Kollegen Gerhards und Verghard. Es lagen Anträge vor, dem Obmann der Besonderekommission das Mißtrauen auszusprechen und die Ausschüsse und Strafen rückgängig zu machen. Verghard legte die Ursachen zu den vom Bundesvorstand ausgesprochenen Maßnahmen dar. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Hege gegen den Baugewerksbund einen politischen Hintergrund hat und die Kollegen, die das Treiben direkt oder indirekt unterstützen, sich außerhalb des Bundes stellen. Hierauf folgte eine lebhafte Aussprache. Gegen 2 Stimmen wurde folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung billigt die für eine geordnete Geschäftsführung und ein gutes Verhältnismäßigkeiten notwendig waren und spricht ihnen ihr Vertrauen aus.“ Damit waren alle anderen Vorschläge erledigt. — Der bisherige Vorstand wurde gegen wenige Stimmen wiedergewählt. Hierauf berichtete Kollege Verghard über die Verhandlungen mit einem Reichstariervertrag. Die Ausführungen wurden mit Ruhe und

Wenn der Klassenkampf nichts anderes ist als ein Kampf um Interessen, dann führt er nicht zum Sozialismus, sondern dann wächst die Arbeiterklasse einfach in den bürgerlichen Gesellschafts- und Kulturkreis hinein.

Sendzeit de Man.

Aufmerksamkeit entgegengenommen. Zum Schluß der beschleunigten Versammlung ermahnte Wüst nochmals, für den Ausbau unserer Organisation und für die strikte Durchführung des Achtstundentages Sorge zu tragen.

Dresden. Am 27. Februar tagte unsere Jahreshauptversammlung. Anwesend waren 11 stimmberechtigte Vertreter. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Kollege Meyer den Antrag, bei Verlesung der Anwesenheitsliste die Parteizugehörigkeit jedes einzelnen bekanntzugeben. Dieser Antrag wurde als laubungswürdig nicht zur Abstimmung zugelassen. Dann erfasste Kollege Varch den Jahresbericht. Das Jahr 1926 war kein gutes Baujahr für die Bauarbeiter Dresdens. Dauernd fillen die Kollegen unter Arbeitslosigkeit, sogar im Hochsommer war ein großer Teil von ihnen arbeitslos. Die niedrige Arbeitslosenzahl betrug 755, die höchste 3934. In Bauten wurden im Baugewerkschaftsgebiet 1498 errichtet, davon waren 1299 Wohnhäuser. Die Anzahl der neugebauten Wohnungen betrug 3746; trotzdem sind immer noch 28 806 Wohnungsjugendliche vorhanden. Trotz der ungenügenden Arbeitslosigkeit und obwohl wir den Bezirk Neuland mit 71 Mitgliedern an die Baugewerkschaft Birna abgetreten haben, ist die Mitgliederzahl von 11 662 auf 12 448 Mitglieder gestiegen. Das Veranlassungsweises miedelte sich in der hergebrachten Weise ab. Leider ist das Baudelegiertenwesen nicht ganz auf der Höhe. Obwohl wir tüchtige Kollegen haben, die sich ohne weiteres zu diesem Amt eignen würden, so kommt es dennoch vor, daß sich diese Kollegen vor der Wahl zum Baudelegierten beidernd möchten. So wird dann nicht allemal der geeignete Kollege in ein solches Amt gewählt. Ferner meiden sich die Delegierten, wenn ihr Amt erledigen ist, in den meisten Fällen nicht ab — Zu erledigen waren nicht weniger als 965 Differenzen, ferner mußten vor dem Gewerbe- und Amtsgericht in 115 Terminen die Interessen der Kollegen wahrgenommen werden. Auch macht sich bereits wieder eine Art „Bauindium“ bemerkbar wodurch ein großer Teil unserer Kollegen um den Lohn geprellt wurde. In der Regel ist es dann so, daß bei diesen Herren nichts zu holen ist. Trotzdem wurden auf dem Klagenwege für die Kollegen noch rund 2000 M. herausgeholt während annähernd 1500 M. nicht eingetriben waren. — Den Massenbericht gab Kollege Flaß. Für die Hauptkasse wurden mit einem Restbestand von 19 198,40 M. 640 999,80 M. veranlagt. Die Vorkasse hatte eine Reineinnahme von 195 170,50 M. Am Jahresanfang betrug ein Massenbestand von 133 081,65 M. Aus dem Bericht der Revisoren ging hervor, daß bei der Revision alles in Ordnung befunden wurde. Nach dem Bericht der Besonderekommission setzte eine lebhafte Aussprache ein Dabei nahm auch der Bezirksleiter, Kollege Richter, zur Baustellenfrage das Wort und gab einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der Baustellenbewegung in Sachsen, wobei er auch die Zwecke und Ziele der Baustellenliste in Leipzig erläuterte. Der Entlastungsantrag der Revisoren wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch Kollege Richter über die Reichstariervertragsverhandlungen berichtet hatte, kam es zur Vorstandswahl für die ausstehenden Bureaufolgen. Die Kollegen Seidel, Lehmann und Hörig wurden gegen 6 Stimmen wiedergewählt. An Stelle des bereits im Vorjahr ausgeschiedenen Kollegen Paul wurde Kollege Schmidt gegen einige Stimmen als Angestellter gewählt. An Stelle des in diesem Jahre ausscheidenden Kollegen Klinger wurde als Hilfsarbeiter Kollege Wenzel gewählt. Die Wahl der Stadtratsgruppenobmannern ergab folgendes Resultat: für die Wauerer wurden die Kollegen Kuhnert und Richter für die Hilfsarbeiter die Kollegen Wälsche und Wälsche gewählt. Als Revisoren wurden Wälsche und Wälsche gewählt und die Bauarbeiterkommission wurde wiedergewählt. — Der Parteistreit überträgt sich leider auch hier auf die Gewerkschaften. Dies kam durch verschiedene Anträge zum Ausdruck. Diese Anträge konnten ihren Vertretern große Aufregung hervorrief. Davon abgesehen, war aber die Aussprache, soweit sie sich auf Gewerkschaftsangelegenheiten bezog, äußerst sachlich. Wüst

war das Bestreben vorhanden, die Organisation zu festigen und auszubauen. Den Vertretern der nicht zugelassenen Anträge gab aber das Wort von Karl Warg ins Gedächtnis gerufen, daß, wenn sich die Gewerkschaften mit Parteistreit befaßen, dies der Anfang vom Ende der Gewerkschaften wäre.

Schwege. Unsere Baugewerkschaft hielt am 27. Februar ihre diesjährige Generalversammlung in Weidenbach ab. Es waren 24 Baustellen durch 35 Delegierte vertreten; 8 Baustellen waren unterbreitet. Als Vertreter des Bezirksverbandes war Kollege Knösch erschienen. Den Geschäfts- und Massenbericht erläuterte Kollege Hüttner. Wenn auch das Jahr 1926 kein Großkampfsjahr war sein Vorgänger war, so galt es immerhin, das in den früheren Jahren Erreichte im Berichtsjahre zu halten. Das ist zwar nicht vollständig gelungen, aber auch die Internernehmer haben ihr Ziel nicht erreicht. Der verstärkte Propagandaselbuz der Industrie, die Bauarbeiterlöhne erheblich zu senken, wurde unterstützt durch die ungeheure wirtschaftliche Krise. Wenn die Gewerkschaften in der Gesamtorganisation 20% betrug, so hatten wir in unserer Baugewerkschaft eine durchschnittliche Gewerkschaftigkeit von 60%. Dies wirkte auch auf die Finanzen ungünstig, das Vermögen der Baugewerkschaft sank um rund 1600 M. In Neubauten wurden 289 ausgeführt, davon 127 Wohnhäuser mit 166 Wohnungen und 169 andere Gebäude. In Umbauten wurden 143 mit 23 Wohnungen ausgeführt. Im ganzen sind 179 Wohnungen geschaffen, davon 226 im Vorjahr. Die Wohnungsnot gestaltet sich weiter durch die Unfähigkeit, die durch Krieg und Nachkriegszeit in Unordnung geratene Wirtschaft wieder in normale Bahnen zu lenken. Wohnflagen waren in 22 Fällen zu erledigen, dabei wurden 1935,76 M für die Kollegen herausgeschlagen. Die Rechnung für die Hauptkasse ergab ein schließlich des Massenbestandes in Einnahme und Ausgabe 20 868,60 M. 527 Mitglieder erhielten 7018,10 M. Arbeitslosenunterstützung, an Kranke wurden 322,60 M. ausgefaßt. Die Baugewerkschaftskasse hatte einschließlich Massenbestand eine Einnahme von 11 462,45 M. Die Ausgabe betrug 943,755 M.; es verbleibt ein Massenbestand von 2815,70 M. Ruch lebhafte Aussprache wurde befohlen, auch künftig 20 3 für die Gewerkschaften zu erheben, kranken Mitgliedern aber, die über 13 Wochen krank sind, diesen Beitrag für die Dauer der Krankheit zu erlassen. Der gesamte bisherige Vorstand wurde einstimmig wieder gewählt. Die Ehrenurkunden an Mitglieder, die 25 Jahre und länger Mitglied sind, sollen im November verteilt werden. Ende Mai oder Anfang Juni soll auf dem Weisner, dem König der heftigen Berge, das 30jährige Stiftungsfest gefeiert werden. Kollege Knösch gab dann in kurzen Umrissen einen historischen Rückblick über die ersten Anfänge der Arbeiterbewegung in den verschiedenen europäischen Ländern bis zu dem heutigen Stande ihrer Entwicklung und forderte zum Schluß zur kräftigen Mitarbeit bei der kommenden Werbearbeit auf.

Guben. (Sachsebericht.) Unsere Mitgliederzahl ist stabil geblieben; sie betrug am Schluß des Jahres 792. Die Jahreserinnahme der Baugewerkschaftskasse betrug 11 878,18 M. Die Ausgabe 9386,01 M. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 26 794,35 M. Arbeitslose erhielten 8193,50 M., Kranke 1068,70 M., Invaliden 22,50 M. für Verstorbene wurden 290 M. ausgefaßt. Die Bautätigkeit war in allen Orten des Vereinsgebietes nicht gut, in Cottbus fehlte sie überhaupt erst im Spätsommer ein. Die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter war während des ganzen Sommers höher als im Vorjahr. Auch in diesem Jahre sieht es nicht besser aus, große Scharen Bauarbeiter beklagen trotz bester Bitterung die Arbeitsämter, von ihrer Gewerkschaftenunterstützung könnten namige Wohnungen hergestellt werden; aber die Regierungsmaschine arbeitet eben zum Schaden des Volkes recht bedächtig. Die Ofenwerker und Ofenheizer hatten etwas bessere Beschäftigung als im Vorjahr. Im Vereinsgebiet wurden 122 Neubauten errichtet, darunter 137 Wohnhäuser mit 887 Wohnungen. Im Tiefbau sind außer dem Kanalbau in Bürenberg noch Straßenbauten und andere kleinere Arbeiten ausgeführt worden. Die Wohnungsnot hat sich nicht gemindert, es fehlen immer noch im Vereinsgebiet 1921 Wohnungen. Die Werbearbeit der Mitglieder war in manchen Betrieben sehr mangelhaft, in anderen Betrieben haben dagegen unsere Kollegen voll und ganz ihre Pflicht erfüllt. Der Bauarbeiterstand läßt zu wünschen übrig. Unsere Kollegen nehmen vor allem bei den kleinen Unternehmern noch allzuviel Mühsicht auf deren Interessen Gerüstbau und Ausbauten sind in vielen Fällen sehr mangelhaft, die Kollegen spielen vielfach mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit geradezu Schindluder. Das Baudelegiertenwesen wurde ebenfalls auf vielen Baustellen vernachlässigt. Im Baubetrieb Söhne sahen unsere Kollegen ruhig zu, wie der Internernehmerbetreiber unserm Baugewerkschaftsleiter die Baustelle verweigerte; auf dieser Baustelle waren Kollegen mit zwanzigjähriger Mitgliedschaft darüber anwesend. Die Jugendbewegung hat besser Fuß gefaßt, in Guben und Cassen bestehen Jugendgruppen. Die Jugendleiter bemühen sich, das beste zu leisten, allerdings müssen auch unsere Kollegen am Bau nachsehen. Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis wurden zum Teil durch Eingreifen der Vereinsleitung sofort erledigt; nur in 4 Fällen mußte das Gewerbe- oder Amtsgericht angerufen werden. Alle Artikel fielen zugunsten unserer Kollegen aus. Möge das begonnene Jahr besser werden! Unsere Kollegen werden aber über all an den Baustellen sehr tüchtig sein müssen. Jeder muß am gleichen Strang ziehen. Die Organisationsfrage muß immer das erste auf jeder Baustelle sein. Wer ersten will, muß vorher denken; aber darf sich dem entziehen.

Kreisau. Am 27. Februar tagte unsere Jahresgeneralversammlung in Kreisau. Kollege Hübner gab den Jahresbericht. Die Bautätigkeit war im ersten Halbjahr 1926 allgemein schlecht. Bis zu 50% der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Warte Juni lichte das Bau ein, jedoch hauptsächlich nur in Kreisau während in Bruchsal, Weiden, Naustal, Baden-Baden, Germsbach, Bühl und Ellingen die Bautätigkeit noch recht hoch blieb. Soweit bei den Bauunternehmern festgelegt, wurden insgesamt 455 Wohnhäuser mit 1482 Wohnungen in den Kreisau gebaut. Dazu kommen noch 133 Wohnungen, die durch Umbau gewonnen wurden. Außerdem noch 27 Industriebauten und 3 Staats- und Gemeindebauten. 2 Bräudenbauten, 1 Kustflorektion, Kanai-

und Straßenbauten wurden in verschiedenen Orten als Notstandsarbeiten ausgeführt. Bei den Notstandsarbeiten, die ein Unternehmer vergeben waren, wurden die Tariflöhne des Baugewerbes, bei denen, die in Regie ausgeführt wurden, die Tariflöhne der Gemeindearbeiter gegolten. Der Mitgliederbeitrag hat sich von 2078 auf 2088 gekürzt. Dies ist vor allem verursacht durch die ungeheure Wanderung in den Kreisen der Hilfs- und Tiefbauarbeiter. Das Baudelegiertenwesen hat sich um vieles gebessert. 9 Klagen wurden durch wegen Entlassungen von Baudelegierten führen. Davon endigten 4 mit vollem Erfolg, 2 wurden durch Vergleich erledigt, 2 schweben noch, in einem Falle wurden wir abgewiesen. Es darf gesagt werden, daß sich unsere Kollegen das Baudelegiertenwesen immer mehr zu eigen machen. Vorschläge mußten vor 21 vertreten. Davon endigten 18 mit vollem Erfolg, in 3 Fällen wurden wir abgewiesen. Im Berichtsjahr wurde auch wieder eine Bauarbeiterkassenkommission ins Leben gerufen, weil die Zahl der Unfälle immer mehr zunahm und die Bauarbeiterkassenbestimmungen, mit Ausnahme in Karlsruhe, schlecht überwacht werden. 11 Unfälle ereigneten sich in unserm Gebiet. Davon verliefen 8 tödlich; bei den übrigen handelte es sich fast durchweg um Schwerverletzte. Die Jugendbewegung hat trotz intensiver Arbeit durch den Jugendrat und die Leitung der Baugewerkschaft keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Trotz 86 Versammlungen, vielen Sitzungen und Bauarbeiten blieb es bei 120 Mitgliedern in 6 Gruppen. Zu Pfingsten 1927 soll in Karlsruhe ein Jugendtag des Bezirksverbandes stattfinden. Hoffentlich sind bis dahin bessere Fortschritte zu verzeichnen. Eine Jugendbewegung hatten wir bei den Kanalbauern. Der Lohn wurde ohne Kampf von 185 M auf 150 M die Stunde erhöht. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 87.121,14 M , die Ausgabe 83.285,65 M . 51.804,86 M wurden an die Hauptkasse abgeführt. Die Kasse der Baugewerkschaft schließt mit einem Kassenbestand von 1773,63 M ab. Die Einnahme betrug 87.201,26 M , die Ausgabe 86.127,63 M . Wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, bekommen wir in diesem Jahre eine bessere Bautilfage. Bei intensiver Mitarbeit aller Kollegen wird es dann möglich sein, am Schluß des Jahres 1927 besser abzuschließen als am Schluß dieses Berichtsjahres.

Wagdeburg. Unser Baugewerkschaft hielt am 6. März ihre Generalversammlung ab, die von 75 Vertretern besucht war. Nach Eröffnung der verstorbenen Kollegen wurde die Tagesordnung genehmigt. Im Geschäftsbericht hob Feinermann die ruhige Entwicklung unserer Organisation als eine Folge des Vorkommens hervor. Die Wirtschaftslage habe auch im Baugewerbe ihre Wirkungen gehabt, vor allem auf den Handel war die Wirtschaftslage sehr schlecht. In Wagdeburg wurden große Aufträge als Notstandsarbeiten vergeben. Dabei konnte ein Teil der ungelerten Kollegen beschäftigt werden. Der Mittelstandsal ist in Angriff genommen, unsere Organisation hat hier aber ein schweres Feld zu bearbeiten. Die lange Arbeitslosigkeit hat die Menschen gleichgültig gemacht. Durch Vereinbarung ist die Mitgliederwerbung in diesem Arbeitsgebiet der Baugewerkschaft Wagdeburg übertragen worden. In 96 Fällen mußten Streitigkeiten auf den Baustellen geschlichtet werden. Klagen wurden in 26 Fällen eingeleitet, davon 18 zu unsern Gunsten entschieden. Das Arbeitertribunal wurde von 758 Kollegen in Anspruch genommen. In einem Falle wurde das Tarifamt angezogen, dessen Entscheidung für die Bauhilfsarbeiter von grundsätzlicher Bedeutung war. Der Streit darüber, ob Ausschachtungsarbeiten mit dem Bauhilfsarbeiterlohn zu bezahlen sind, wurde von der Tarifgemeinschaft in Halle nochmals aufgenommen. Auf der Stadthöhe wurden bei der Ausschachtung Tiefbauarbeiten geleistet. Das Gewerbegericht hat auf unsern Antrag die Firma zur Zahlung der Bauhilfsarbeiterlöhne verurteilt. Lange berichte über die Tätigkeit der Fachgruppen, über den Bauarbeiterlohn und über die Bauhilfsarbeiter. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Nach der Ausprobierung und der Beschlüssen wurde ein Antrag der Revisionen auf Entlassung des Vorstands einstimmig angenommen. Auf Vorschlag des Vereinsrats wurde der bisherige Vorstand einmütig wiedergewählt. Ueber die Verhandlungen um den Reichsarbeitsvertrag und die Verlängerung des Lohnabkommens bis 31. März berichtete ebenfalls Lange. Sollte es zum Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für das Baugewerbe kommen, dann wird im Anschluß daran der Bezirksrat und die Lohnfrage geregelt werden müssen. Der Bezirk Sachsen-Anhalt ist bei den zentralen Verhandlungen schlecht weggekommen. Seit 1 1/2 Jahren ist der Lohn unverändert geblieben. Die Bauarbeiter haben unter den wirtschaftlichen Verhältnissen besonders zu leiden. Ob es in der Lohnfrage ohne Kampf abgeht, hängt von der Einigkeit der Unternehmer ab. — Nach kurzer Aussprache wurde der Vorstand beauftragt, wegen Regelung der Lohnfrage mit dem Bezirksvorstand in Verbindung zu treten. — Darauf wurden Vorklagenangelegenheiten besprochen. In Schönebeck werden von einem Unternehmer bei 2. Gezellen 22 Lehrlinge als Bauhilfsarbeiter ausgebildet. Diese Verhältnisse werden als besorgniserregend bezeichnet, wozu das Fahrgeld beigetragen wird. Das Stützungsamt soll wieder mit der Ausgabe der Ehrenurkunden für fünfundsanzwanzigjährige Mitglieder verbunden werden. Vorstand und Beirat sollen die Vorbereitungen dazu treffen. Mit einer Maßnahme zum selben Zweck beschloß wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Meiningen. Unsere am 20. Februar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Es schied nur die Bahlfeld Rotterode. Im Geschäftsbericht wies Kollege H. M. u. S. auf die schlechte Wirtschaftslage im bergamgen Jahre hin; nahezu 50 % unserer Kollegen mußten bis zur Mitte des Jahres feilen. Die Bauarbeiter waren zum Teil bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Ausbeutung war dort besonders groß. Bei den Drainerarbeiten führten die Unternehmer mit Hilfe der Regierung ein Abschließen ein, das jede Tarifgrundlage zerstörte. Leider wurde das schlechte Organisationsverhältnis bei den Notstandsarbeiten eine geordnete Lohnregelung in vielen Fällen unmöglich. Auch für die Facharbeiter konnten nicht alle Streitfragen zu ihren Gunsten entschieden werden. Schuld daran ist das zaghafte Verhalten einiger Kollegen, besonders im Unterland. Diese Kollegen müssen sich endlich darüber

klar werden, daß Tariflöhne erkämpfte Rechte sind, die man nicht kampflos preisgeben darf. Die Jugendfindung muß mehr unterrichtet werden; erst ein Drittel der Lehrlinge ist organisiert. Vergütung und Behandlung der Lehrlinge lassen viel zu wünschen übrig. — Die diesseitige Aussprache zeigte das einmütige Interesse an der Stärkung und Förderung unseres Bundes. Mit einem kurzen Appell an die Kollegen, bei Beginn der Bautätigkeit mit neuer Kraft für den Baugewerksbund zu werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Mittweida. Am 18. Februar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. 31 Vertreter aus den Bahlfeldern nahmen daran teil; vom Bezirksvorstand war Kollege Vielitz erschienen. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahr die Bautätigkeit nicht besonders gut war; waren doch durchschnittlich 20,8 % der Mitglieder arbeitslos. Um der großen Arbeitslosigkeit zu begegnen, wurden größere Notstandsarbeiten ausgeführt. Freude haben unsere Mitglieder bei diesen Arbeiten nicht erlebt, noch viel weniger die Organisationsleitung. Der Auftrieb von Arbeitslosen aus anderen Berufen vermehrte und erschwerte nicht nur die Agitations- und Organisationsarbeiten, sondern brachte uns auch in Finanzverlegenheiten. Zur Förderung der Jugendarbeit wurde nichts unternommen; ihre Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 42 auf 54. Die Entwicklung der Fachgruppe der Bau-Verkleisterer ist zufriedenstellend. Die im Baugewerksbund organisierten Poliere stellen 61 % aller in Stellung befindlichen Poliere dar. Das Baudelegiertenwesen kommt immer noch nicht voll zur Geltung. Immer wieder sind es die Mitglieder in den kleinen Orten, die die Wichtigkeit der Betriebsvertretung verkennen. Bautenkontrollen wurden zwei vorgenommen; 85 Hoch- und Tiefbauten wurden kontrolliert. Wenn auch zum großen Teil die Bestimmungen über Bauarbeiterlohn beachtet werden, zufriedenstellend waren diese Kontrollen dennoch nicht. Besonders in den südlichen Gebieten vertragen die Baueigenschaft. Der im Vorkriegsjahr Mittweida von uns geleitete Facharbeiterkongress hat sich auch im bergamgen Jahre bewährt. Beisitzend wurden im Berichtsjahr 489 Mitglieder. Die Baugewerkschaft zählt 912 Mitglieder. Der Kassenbericht ergab für die Hauptkasse, einschließlich eines Zuschusses aus der Hauptkasse von 6000 M , als Gesamteinnahme 87.985,60 M . An die Erwerbslosen wurden ausbezahlt 9685 M , an Anwaltdien 170 M , für Reichsbeitrag 11,46 M , als Sterbegeld 1416,25 M ; 23.040,59 M sind an die Hauptkasse gelangt worden. Die Vereinskasse erzielte, einschließlich des vorjährigen Kassenbestandes, eine Einnahme von 15.972,50 M . Verausgab wurden 13.206,42 M ; es verbleibt ein Kassenbestand von 2769,08 M . Die ausstehenden Vorstandsmittelglieder und Arbeiter wurden einmütig wiedergewählt. Nachdem Kollege Vielitz zum Reichsarbeitsvertrag gesprochen, wurde die gut verlaufene Versammlung nach Erledigung einiger Angelegenheiten geschäftlicher Art geschlossen.

Neußadt a. d. Saale. Am 6. März tagte unsere gut besuchte Generalversammlung. Unser Geschäftsleiter Weigenand erläuterte den Jahresbericht und schloß in kurzen Zügen den Übergang unserer Organisation im Jahre 1926. Die Gewerkschaften haben aus dem Jahre 1926 ein nach Millionen zählendes Arbeitslosenheer übernommen. Die Krise wirkte auch noch im Berichtsjahr. Die gestiegene Bedeutung und der größere Einfluß der Gewerkschaften ist auf allen Gebieten sichtbar. Sie sind zum Anwalt des Wirtschaftsfaktors „Arbeit“ geworden. Die wirtschaftliche Zusammenbruchsbewegung sucht überall zu neuen Machtverhältnissen zu kommen. Leider waren die Gewerkschaften nicht stark genug, um alle Nachteile für die Arbeiter abzuwenden. Unser Wahnwitz, die allgemeine Konjunktur durch entsprechende hohe Löhne zu stärken, stößt jetzt auf den heftigsten Widerstand des Unternehmertums. — Der Baugewerksbund hat besonders im Jahre 1925 sehr schwere Kämpfe führen müssen, wobei sich auf Seiten der Unternehmer die Schwerkindustrie finanziell stark beteiligte. Die Unternehmerverbände mußten aber einsehen, daß sie trotz schlechter Bautätigkeit unsern Baugewerksbund nicht vernichten können. In der Arbeitszeitfrage steht der Baugewerksbund, der den Aufständigen in seinen Vereinbarungen beratend hat, an erster Stelle. Auf dem Gebiete des Bildungswesens stehen wir im schärfsten Kampfe mit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Mit Weid und Wignunft werden unsere Bildungsbestrebungen bekämpft. Dem Unternehmertum wird empfohlen, „die Seele des Arbeiters“ für das kapitalistische System zurückzugewinnen. — Die Einnahme für die Hauptkasse betrug in unserer Baugewerkschaft 25.862,25 M . Für Unterabteilungen wurden 12.923,55 M verausgab. Daraus ergibt sich, daß der größte Teil unserer Mitglieder erwerbslos war. Hoffentlich wird das Jahr 1927 kein Krisenjahr, um unsern Aufstieg beschleunigen zu können. In der Aussprache wurde besonders hervorgehoben, daß gerade auf den Gebieten des Wissens und der Jugendausbildung nicht genug gesehen kann. Die Anregung des Kollegen Fischer, wenn irgend möglich auch in der Hinsicht einen Bildungsforschung zu veranstalten, wurde mit Freuden begrüßt. — Ueber den Stand der Reichsarbeitsvertragsverhandlungen sprach sodann Kollege Fischer. Er schilderte die Entwicklung der Tarifverträge bis zum Reichsarbeitsvertrag und rechnete scharf ab mit den Nutzenfeindern. Den Arbeitgebern müsse endlich einmal klargemacht werden, daß es aufhören muß, zu ernten, ohne gesät zu haben. — Die Neuwahlen ergaben keine Veränderungen. Zum Vorsitzenden wurde S. Tauer, zum Stellvertreter J. W. Valz, zum Geschäftsführer Weigenand, zum stellvertretenden Kassierer G. C. Walz und zum Schriftführer J. C. Schönbach gewählt. Nach Abschluß von vier Delegierten zum Bezirksrat und nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen mit dem Wunsch, die gewerkschaftliche Saat hinauszutragen und zu verpflanzen, damit die wirtschaftliche Frucht tragen möge zum Nutzen und Aufbau der freien Gewerkschaften.

Bafau. Am 27. Februar sprach in einer Bauarbeiterversammlung Kollege Gruber über die Affordarbeit, Arbeitslosigkeit und Aufständigen. Seine Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Wirde Affordarbeit muß auf das Schärfste bekämpft werden. Dort, wo Affordarbeit beabsichtigt wird, sind unsere Kollegen verpflichtet,

den Affordvertrag vor seiner Unterzeichnung erst der Baugewerkschaftsleitung zur Genehmigung vorzulegen. Wird der Vertrag von der Leitung genehmigt, so muß sie durch Stempel und Unterschrift die Genehmigung bestätigen. Reicht bei Affordverträgen diese Bestätigung und ergeben sich aus solcher Willen Affordarbeit Streitigkeiten, so haben die betreffenden Kollegen kein Recht, den Reichsbeitrag der Baugewerkschaft in Anspruch zu nehmen. Die Baugewerkschaftsleitung wird beauftragt, in solchen Fällen unter allen Umständen den Reichsbeitrag zu verweigern. — Die 48-Stundenwoche ist bei Afford- und Regiarbeiten unbedingt einzuhalten. Wer ohne zwingende Gründe die 48-Stundenwoche überschreitet, ist dem Streikbrecher gleichwertig. Wenn ein Unternehmer längere Arbeitszeit durch Drohungen erzwingen will, so ist die Baugewerkschaftsleitung umgehend davon zu unterrichten. Für unbedingt notwendige Mehrarbeit ist sofort der tariflich vereinbarte Zuschlag zu verlangen. Wird dieser Zuschlag nicht gefordert, so ist die Baugewerkschaftsleitung — da dann ein Mißerfolg durch die Spruchpraxis der Gerichte in Frage gestellt ist — nicht verpflichtet, einen Prozeßbevollmächtigten zu stellen. — Diese Entschließung soll auf allen Baustellen folgende ist verpflichtet, sich auf den Baustellen für ihre Einhaltung einzusetzen.

Pirna. Unsere am 6. März stattgefundene Generalversammlung nahm den üblichen Verlauf. Der Geschäftsbericht löste eine eingehende Aussprache aus, ohne jedoch irgendwelche Beanstandungen zu ergeben. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Wenn im letzten Berichtsjahr unsere geleerten Kollegen vollständig untergebracht werden konnten, ja teilweise noch fremde hinzugezogen werden mußten, dann war dies dem Umfange zu danken, daß die Firma Pöschel & Co. infolge eines Explosionunglücks gezwungen war, größere Neubauten auszuführen. Ungelernte Bauarbeiter waren jedoch das ganze Jahr hindurch in reichlicher Zahl arbeitslos. Der übergroße Zugang von Industriearbeitern macht sich eben auch hier recht unangenehm fühlbar. Die kommunale und private Bautätigkeit hielt sich im allgemeinen in mittleren Grenzen, mit Ausnahme in den Bezirken Schmilz und Glasfütte, wo die Beschäftigungsmöglichkeit für unsere Kollegen äußerst schlecht war. Wenn im allgemeinen der Lohn und die Arbeitszeit gehalten werden konnten so war dies nicht immer unsern Kollegen zu danken; einem Teil von ihnen genügt es schon vollkommen, wenn der Achtstundentag auf dem Papier steht. Hingru kommt, daß auch bei uns bereinzelt die Affordarbeit ihren Eingang gehalten hat. Die Pirnaer Bauarbeiter werden bald genug die Nachteile dieser irden Arbeitsmethode am eigenen Leibe kennen lernen. Verzüge der Unternehmer, die Arbeitszeit auf- und den Lohn abzubauen, mußten wiederholt zurückgewiesen werden. Wo solche Verstöße rechtzeitig dem Bezirksvorstand gemeldet wurden, blieb es beim Verzicht. Anders dort, wo unsere Kollegen aus alzu großer Wechsideutigkeit den Unternehmenswünschen Rechnung trugen. Dort war es mit dem Achtstundentag vorbei und der Achtstundentag wurde zur Genossenschaft. Das jammervolle Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll, haben die bei der Firma Hugo Kuttner beschäftigten Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter. Die schon im November 1925 angekündigte Lohnherabsetzung um etwa 20 % die Stunde wurde zu Anfang des Jahres praktisch durchgeführt. Ueber den Betrag wurde selbstverständlich sofort die Sperre verhängt. Schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß die Pirnaer Kuttner richtig kalkuliert. Die dort beschäftigten Kollegen, die nun endlich ihren großen Worten auch einmal die Tat folgen lassen sollten, verlagern gänzlich und trocken insofern weniger Tage zu Freuze, wobei die besten unserer Kollegen natürlich auf der Strecke liegen blieben. Der Stundenlohn der dort beschäftigten Maurer hielt dadurch von 1,10 M auf 91 M . Die Firma Kuttner hatte innerhalb 8 Tage ihren Zweck vollkommen erreicht. — Wenn auch im allgemeinen im Hochbau nur selten Unorganisierte angetroffen werden, so läßt sich das vom Tiefbau nicht sagen. Wir stellen Tiefbauern fest, wo kaum 5 bis 10 %, der dort Beschäftigten einer Berufsorganisation angehören. Die Folgen dieser Gleichgültigkeit zeigten sich dadurch, daß sich einzelne Unternehmer überhaupt nicht mehr nach dem Tarifvertrag richteten oder die Verträge einfach im Afford ausführen ließen. Das Kapitel Bauarbeiterlohn muß bei den Pirnaer Bauarbeitern rühre Erinnerungen wachen. Ist es nicht heute noch nicht gelungen, den 1924 abgekauften Baukontrollen wieder zu ihrem Recht zu bringen. Alle unsere Eingaben in die Amtshauptmannschaft, an Stadträte und Ministerien waren umsonst. Dafür kamen im verflochtenen Jahre zehn schwere Bauunfälle zu unserer Kenntnis. Wie würde das Bild erst aussehen, wenn uns alle Unfälle und Verletzungen gemeldet würden? In zwei Fällen mußten wir Anzeige bei den in Frage kommenden Behörden erstatten. Die Zusammenlegung der beiden Baugewerkschaften Pirna und Schmilz war infolge einer dringenden Notwendigkeit, weil beide Baugewerkschaften ein einheitliches Wirtschaftsbereich bilden und die beiderseitigen Interessen fortgesetzt ineinanderfließen. — Die Mitgliederbewegung weicht von der der Vorjahre nicht wesentlich ab. Im Jahresbericht hatten wir 2188 Mitglieder. Das Organisationsverhältnis in den Fachgruppen der Töpfer und Steinleger war dauernd gut. Die Töpfer hatten bereits am Anfang des Jahres fast unter der Krise zu leiden. Nur ganz allmählich gelang es, den größten Teil der Kollegen wieder unterzubringen. Leider hat ein Zweig des hier bodenständigen Gewerbes, die Schichtenloperen, ihren Betrieb fast völlig eingestellt. — Der Kassenbericht ergab eine Einnahme für die Bundeskasse von 70.880,76 M . Die Lokalstelle hatte eine Einnahme von 31.674,79 M und eine Ausgabe von 29.469,70 M . In der Aussprache wurde bemängelt, daß ein Teil unserer Baudelegierten nicht immer auf der Höhe steht. Wollte nicht genügt einer Hinweis, daß unsere Kollegen gerade diese Frage auf einzelnen Baustellen etwas ernster nehmen. Die Vorstandsarbeit ergab mit Ausnahme des stellvertretenden Kassierers die Wiederwahl des alten Vorstandes. Bei Behandlung der Anträge mußte ein Antrag, weil scheinbar, vom Vorstand zurückgewiesen werden, drei andere Anträge, darunter ein Vorstandsantrag, der die Umarbeitung des gegenwärtigen Ortsstatuts verlangte, fanden einstimmige Annahme. Die

Bahnkommission soll dafür eintreten, daß Sachen und Handwerkszeug der Bauarbeiter vom Unternehmer gegen Feuer und Einbruchdiebstahl versichert werden.

Einberufen. Am 6. März hielt unsere Baugewerkschaft ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht gab Kollege Wilhelm. Die Bautätigkeit blieb gegenüber 1926 in den Vorjahren wesentlich zurück. Während im Jahre 1926 im Saargebiet über 1500 Neubauten errichtet wurden, waren es im Jahre 1926 nur 907, davon ein großer Teil Industriebauten. Namentlich befehlt nach das Tiefbaugewerbe durch die umfangreichen Straßenbauten, die besonders die Stadt Saarbrücken ausfüllte. Dieser steht es bei den Tiefbauarbeiten mit der Organisation immer noch sehr schlecht. In der Hauptsache sind es aus andern Gewerben ausgeübte und nur vorübergehend beschäftigte Arbeiter. Aus der Glasindustrie, die im Laufe des Jahres eine große Anzahl Arbeiter entlassen hat, haben sich die Arbeiter hier aber in ihrer früheren Organisation und wollen von einem Lebertritt in den Baugewerksbund nichts wissen, zumal sie dann höhere Beiträge zahlen müßten. Lohnbewegungen führten wir im vergangenen Jahre drei, sie verliefen ohne Arbeitseinstellung. Der Bauarbeiterlohn läßt immer noch viel zu wünschen übrig. Alle Eingaben der Bauarbeiterkommission sind bisher unberücksichtigt. Selbst die noch immer unverständlich von der Vorrietzzeit her geltenden Bestimmungen werden nicht beachtet. Über auch die Kollegen selbst sollten an den Arbeitsstellen dem Bauarbeiterlohn größere Aufmerksamkeit schenken. — Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. — Zur Erwerbslosenfürsorge im Saargebiet nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, die auf das entscheidende gegen die Verfügung der Regierungskommission vom 10. Januar 1927, die für Bauarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge eine Sonderstellung durch Unterfertigungsbauer schafft, protestiert und deren Aufhebung fordert. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die von den Mitgliedern anderer Organisationen bei Überlegung in das Baugewerbe der Arbeiterschaft in den Baugewerksbund fordert. In einer weiteren Entschließung wird von den im Bereiche anderer Baugewerkschaften wohnenden Bundesmitgliedern, soweit für sie als Arbeitsgebiet das Saargebiet in Frage kommt, die Vertragsstellung in der Baugewerkschaft Einberufen verlangt. Andere Urträge, die die durch den Bundesvorstand vorgelegenen Anträge beurteilen und die ausgeprochenen wollen in ihre alten Rechte einzusetzen wissen wollen, ferner die Aufnahme der „revolutionären“ erwerbslosen Unorganisierten in den Baugewerksbund fordern, verließen der verdienten Berücksichtigung, indem sie gegen ein Viertel Dutzend Stimmen abgelehnt wurden.

Witzburg. Unsere Generalversammlung tagte am 20. Februar in Witzburg. Anwesend waren 62 Vertreter, außerdem 17 Mitglieder des Vereinsvorstandes und andere Beauftragte der Baugewerkschaft. Den Kassens- und Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer Wagner. Für die Hauptkasse wurden im Geschäftsjahr 89 465,16 M. für die Lokalkasse 23 694,67 M. eingenommen. Auf Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und Sterbeunterstützung entfielen 9992,87 M. Nach Ueberweisung der der Hauptkasse gezogenen Gelder verbleiben der Lokalkasse 7951,54 M. Die Zahl der wohnenden Mitglieder beträgt am Jahresanfang 1062. Nach Berufung sind hier organisiert: 8 Poliere, 411 Maurer, 24 Bauhandwerker, 93 Ziegelei- und Stuckateure, 350 Bauhilfsarbeiter, 167 Erbauer und 16 Befestigungsbauhilfsarbeiter, die vom Bund Invalidenunterstützung erhalten, sind 10 vorhanden. Lohnveränderungen wegen des Bundesbeitrags waren 4 wegen Inanspruchnahme der Kaufleute am Main 8 erforderlich. Dazu kommt noch eine Lohnveränderung vor der Zentralaufsichtsstelle in Berlin. Der Redner berichtete eingehend über die letzten Berufsfragen, über die Arbeitszeit, Bautätigkeit, Notstandsarbeiten, Bauarbeiterlohnkommission, Verwaltungsausschüsse bei den Arbeitsämtern, über die Bautätigkeit, die Fachgruppenarbeit und Beschäftigungsfragen. Die Tätigkeit der Geschäftsführung und des Vereinsvorstandes, wie die Führung der Kassengeschäfte wurden von den Vertretern und Revisoren als gut anerkannt. Dem Kassierer und Vorstand wurde Entlastung erteilt. Ein Antrag auf Einleitung einer Lohnveränderung wurde einstimmig angenommen. Nach einem Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Merkel, über den Stand der Bezirksleiterverhandlungen und den Ablauf des bayerischen Bundesbeitrags für das Baugewerbe wurde die alte Vorstandskasse einstimmig wiedergewählt.

Bad Orb. Am 20. Februar tagte die Generalversammlung unserer Baugewerkschaft. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1926 gab nach Ehrung der im vorigen Jahr Verstorbenen Kollege Drißch. Das Jahr 1926 war für uns ein Kampfsjahr. Kaum fanden die meisten Kollegen in Arbeit, da wollte der Hessische Arbeitsverband, dem die Orber Bauunternehmer angehören, den Lohn um 20 % kürzen. Ein vom Bezirkslohnrat gefällter Schiedspruch sah eine Lohnkürzung von 8 % für Maurer und 11 % für Hilfsarbeiter vor; der Orber Lohn sollte am meisten gekürzt werden. Es kam deshalb zum Kampf, der dauerte 7 Wochen und endete mit dem Erfolg, daß nicht 8 %, sondern 3 % vom Stundenlohn abgekauft wurden. Die Unternehmer hatten alles daran gesetzt, um den Streik abzuwürgen. Sogar der Ortsparagraf und ein Lehrer hatten zugunsten der Unternehmer „eingegriffen“ versucht. Doch die Bauarbeiter blieben treu zusammen, sie haben den Kampf leidlich gut beendet. — Die Mitgliederbewegung ließ angeht die starken Arbeitslosigkeit viel zu wünschen übrig. In Orb selbst ist sie seit dem guten Januar 1926 stabil geblieben, dagegen sieht es im übrigen Gebiet der Baugewerkschaft nicht zum besten aus. Die Klassenverhältnisse liegen ebenfalls unter der furchtbaren Arbeitslosigkeit. Für die Notstandsarbeiten wurde fast überall, wo die Kollegen organisiert sind, mit gutem Erfolg gearbeitet. — In 17 Fällen mußte im vergangenen Jahre der Klagenweg beschritten werden; alle Klagen wurden zugunsten unserer Kollegen erledigt. Außerdem wurden 10 Streitfälle mit den Unternehmern direkt geschlichtet. — Der Baugewerkschaftsvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kollege Knös vom Bezirksvorstand gab zum Schluß noch Anregungen für die Werberarbeit im Frühjahr. Die Kollegen müssen alles daransetzen, die Organi-

sation schlagkräftig zu gestalten. Je mehr Mitglieder, um so stärker ist die Organisation!

Bonn. Die Jahresversammlung unserer Baugewerkschaft fand am 13. Februar statt, sie war leider nur von 7 Jahrestellen besetzt, der größte Teil der Jahrestellen fehlte. Unsere Mitglieder in den Außenorten müssen von ihren Vorständen größeres Verantwortungsgefühl verlangen. Unser Vorsitzender, Kollege Künz, gedachte zunächst der Toten. Dem Bericht des Kollegen Hopp ist zu entnehmen, daß auch nach Abzug der Besetzung im Januar 1927 keine Besserung der Wirtschaftslage eintrat. Das war eine Enttäuschung. Wir haben noch nie so stark wie 1925 unter der Erwerbslosigkeit gelitten. Zu Beginn des Geschäftsjahres hatten wir 61 % Erwerbslose, am 1. April waren es noch 52 %, am 1. Juli 43 %, Mitte August 37 %, am 1. Oktober 36 %, Mitte November 35 % und am 1. Januar 1927 waren es 75 %. Bei einem derartigen Stand der Erwerbslosigkeit mußte naturgemäß 480 Mitglieder verloren, trotzdem wir 226 Neuaufnahmen hatten. Die Neuaufgenommenen sind allerdings meistens nur vorübergehend im Baugewerbe tätig gewesen. Mit dem Auscheiden aus ihrer Tätigkeit sind sie in den meisten Fällen auch für uns verloren. Die Wirtschaftslage ist im Erfolg trotz aller Versuche auf einzelne Aufnahmen

Das Bauwerk!
Unsere Bundesmitglieder bestellen das Fachblatt nur bei ihrem Baugewerkschaftsvorstand oder bei den Kollegen, die beauftragt sind, Bestellungen einzusammeln. „Das Bauwerk“ erscheint monatlich. Für Bundesmitglieder beträgt das im voraus zu entrichtende Bezugsgehalt vierteljährlich 1,50 Mark.
Werbt eifrig Bezueher!

beschränkt geblieben. Auch im kommenden Jahre sind umfangreiche Notstandsarbeiten geplant. Das Fehlen eines Tarifvertrages ist ein Schaden für unsere Organisation. Bei längerem Fehlen sind die Folgen unabsehbar. Es muß unter allen Umständen ein Tarifvertrag angestrebt werden. Dem Abschlußvertrag ist auch von unserer Mitgliedschaft nicht die nötige Beachtung geschenkt worden. Das Vorgehen der Unternehmer gegen die Abschlußvertrag findet leider in dem Verhalten der Kollegen ein Stillsitzen. Die Betriebsvertragskämpfe auf den Baustellen lassen viel zu wünschen übrig. Deshalb finden wir auch die oft geradezu skandalösen Zustände im Bauarbeiterlohn. Bei solchen Zuständen können sich auch die Unorganisierten noch gut halten. Die Zusammenfassung der jugendlichen Arbeiter und der Lehrlinge beschränkt sich auf einen kleinen Teil. Alle Veranstaltungen waren trotz schriftlicher Einladungen schlecht besucht. Die alten Mitglieder müssen mehr mitwirken zur Organisierung der Jugendlichen. Auch das Leben in den Fachgruppen muß besser werden. Ihre Leistungen müssen mehr Kraft zeigen! — In 18 Klagenfällen und Prozessen sind für die Kollegen 765 M. ausgelagert worden. Im Berichtsjahre wurden die Löhne der Maurer in den Lohngebieten Bonn und Siegburg A um 2 %, die der Hilfs- und Tiefbauarbeiter um 1 % abgekauft, im Siegburg B und Honnef-Königsminster wurde der Lohn der Maurer um 3 % abgekauft. Der Lohnabkauf trifft die letztgenannten Gebiete am meisten ungestraft. Dort haben die Bauarbeiter es leider verlernt, sich zu organisieren. In Honnef-Königsminster hat es der „Kommunismus“ fertiggebracht, die Arbeiterbewegung fast vollständig zu zerlegen. Die Spezialgruppen haben ihre Löhne fallen können. Leider haben sich aber die Fliesenleger trotz Tarifvertrags die Akkordpreise um 5 % kürzen lassen. Auch von ihnen muß eine bessere Solidarität verlangt werden. — Die Einnahmen für die Bundeskasse betragen 20 124,95 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 8034,28 M., eine Ausgabe von 11 055,50 M. Die Finanzverhältnisse konnten in Anbetracht der ganzen Umstände nicht besser sein. Mit der Besserung der Arbeitsmöglichkeit werden auch die Finanzverhältnisse unserer Baugewerkschaft besser werden. Die Generalversammlung war von gutem Geiste getragen. Beschlossen wurde, den Lokalbeitrag um 5 % zu erhöhen. Dem Vorstand und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und darauf der bisherige Vorstand wiedergewählt. Ebenso wurden, bis auf den Kollegen Amel, die Revisoren wiedergewählt.

Danzig. Am 27. März tagte unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in üblicher Weise das Andenken der Verstorbenen Kollegen gelehrt. Darauf erstattete B r i l l den Geschäftsbericht. Die Wirtschaftslage habe sich weiter entwickelt, ihr Ende lasse sich nicht absehen. Die Bautätigkeit lag auch im Berichtsjahr bis in den Herbst hinein fast völlig darnieder. Auch dann habe sie sich leider nur für kurze Zeit erholt. Es wurden insgesamt 494 Wohnungen erbaut. Außerdem wurden 4 Staats- und Gemeindefaustaten sowie 467 Um- und Neubauten ausgeführt. Im Berichtsjahr hatten wir eine so große Arbeitslosigkeit, wie selbst nicht in den schlimmsten Jahren der Nachkriegszeit. Nach amtlicher Mitteilung sind in der Stadtgemeinde Danzig 14 303 Wohnungsuchende; die Zahl der fehlenden Wohnungen beträgt 5134. Aber nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande ist die Wohnungsnot und das Wohnungseld groß. Und trotz all dem Wohnungseld raffen sich die beherrschenden Stellen nicht zu einem großzügigen Wohnungsbauprogramm auf. Das Baugewerbe ist auch für das Danziger Wirtschaftsleben ein wichtiges Geschäftsgewerbe und bedingt mit seinen Nebenbetrieben nach den amtlichen Zahlen ein Drittel der gesamten werktätigen Bevölkerung. Sollten die Mieten erhöht werden, dann müssen auch die Löhne entsprechend erhöht werden. Der Bauarbeiterlohn

ist so mangelhaft, wie nie zuvor. Es wäre die Pflicht der Behörden, endlich sich des Schutzes von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter anzunehmen. Aber die Behörden haben sehr wenig Verständnis dafür. Anfang Januar hat sich die Bauarbeiterkommission bei der Unfallgenossen-1926 gemeldeten Unfälle gemeldet. Bis heute hat sie diese Angaben noch nicht erhalten. Zusammengefaßt sind sie, denn schon im Februar waren sie von anderer Seite zu haben. Danach haben sich trotz der sehr schlechten Bautätigkeit 244 Unfälle ereignet. Darunter befinden sich 2 Todesfälle sowie 7 schwere und 235 leichte. Im Berichtsjahre fanden 13 Lohnverhandlungen und 2 Schlichtungskommissionen statt, 5 Tarifamtsleistungen und 2 Verhandlungen vor dem amtlichen Schlichtungsausschuß statt. Außerdem wurden in mehr als 40 Fällen mit einzelnen Unternehmern verhandelt. Den Unternehmern ist es trotz ihrer vielen Anstrengungen nicht gelungen, den Lohn abzubauen. — Im Berichtsjahr mußten auch einige Arbeits-einstellungen vorgenommen werden. So vom 7. Juli bis 15. September im Ziegeleigewerbe, außerdem 8 Bauplatten. Vor dem Gewerbegericht wurden 83 Klagen vertreten, beim Amtsgericht 11 und beim Landgericht 2. In 29 Fällen mußte mit Pfändungen vorgegangen werden, um zu verhindern, den vorenthaltenen Lohn herauszubekommen. In den allermeisten Fällen verließen aber die Pfändungen fruchtlos. Die Pfändungen in unserm Beruf und ebenso das draufgängliche Vorgehen der Unternehmer erzeugen ein gutes Zusammenarbeiten mit den christlichen Bauarbeitern und den Zimmerern. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre mußten sich die Bauarbeiter viel enger zusammenhalten, um an der Wirtschaftsführung teilnehmen zu können. Abschließend erstattete H a h den Kassensbericht. Die Einnahme für die Bundeshauptkasse betrug 97 959,12 Gulden und die Ausgabe 67 720,94 Gulden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 75 997,04 Gulden und die Ausgabe 58 365,89 Gulden, so daß ein Kassensbestand von 17 631,15 Gulden verbleibt. — Nach der Aussprache wurde eine Entschließung gegen die Mietserhöhung angenommen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde M a l k o w s k i, zum Kassierer H a h und zum Revisor K o b u s h gewählt. Beschlossen wurde, den 1924 ausgeschlossenen Bauhilfsarbeiter Wilhelm E h m e k e und die 1926 ausgeschlossenen Maurer Franz H e i n und Josef W e i h e l wieder aufzunehmen. Dagegen wurde der Antrag des Maurers R e h n o s k i auf Wiederaufnahme abgelehnt. Rehkowski wurde seinerzeit ausgeschlossen, weil er sich an einer kommunalistischen Tagung in Halle beteiligt hatte. Im vorigen Jahr zeigte er, was für ein Held er ist. Die drei baugewerkschaftlichen Organisationen hatten einstimmig beschlossen, keine Akkordarbeit auszuführen. Rehkowski aber übernahm Akkordarbeit aufzuführen. Rehkowski hat sich gegen die schloß Treiben zu unterlassen. B r i l l erstattete darauf den Bericht über die Tarifvertragsverhandlungen. Die Geltungsdauer der Tarifverträge für das Hochbaugewerbe, für Bau-Werkmeister und für Stukaturer ist am 31. März abgelaufen. Der Arbeitgeberverband für Danzig-Land und auch der für Or.-Werber haben es aber ab, einen gemeinsamen Vertrag mit dem Lohngebieten Danzig-Stadt zu schließen, so daß bisher nur Verhandlungen für das Lohngebiet Danzig-Stadt geführt worden sind. Mit den übrigen Lohngebieten und Werken sollen die Verhandlungen geführt werden, wenn der Vertrag für Danzig-Stadt abgeschlossen ist. Allem Anschein nach wollen die Unternehmer der ländlichen Gebiete es auf eine Kraftprobe ankommen lassen, so daß wir uns auf alles gefaßt machen müssen. — Unentschuldig fehlten S c h u l t z e, P r a u f, und G e h r t, S c h w i n g l i n g.

Glogau. Daß sich die katholische Geistlichkeit der christlichen Gewerkschaften ganz besonders annimmt, ist hinlänglich bekannt. Was sich aber vor einiger Zeit im Städtchen F r a u s t a d t zugegetragen hat, verdient ganz besonders erwähnt zu werden. Unsere Jahrestelle Fraustadt zählt ungefähr 150 Mitglieder, die in überwiegender Mehrheit katholischen Glaubens sind. In Fraustadt gibt es außerdem eine christliche Bauarbeiterorganisation. Sie zählt ungefähr 50 Mitglieder. Dieses Stärkeverhältnis gestiel einem christlichen Gewerkschaftssekretär ganz und gar nicht, und er kam auf den schönen Gedanken: „Der Protestant von Fraustadt muß die Werbetrümmer schlagen.“ Selbst hätte sich dieser Angelegenheit zu schwach, es stellte ihm an eigener Kraft, seine Organisation aufzubauen. Doch man höre, was es geschah. Dieser christliche Gewerkschaftssekretär versichert sich der Mitarbeit der katholischen Geistlichkeit von Fraustadt; Sand in Sand laden sie unsere Mitglieder zu einer Aussprache ein. Aber jeden hüßlich einzeln, denn so läßt sich das Ding besser werden. Jedem Kollegen wurde die böse, freie und „sozialdemokratische“ Gewerkschaft vor Augen geführt und ihm mitgeteilt, daß sich ein Verbleiben in ihm mit dem christlich-katholischen Glaubensbekenntnis nicht vereinbaren lasse. Deshalb müsse der „Reinlichkeitsakt“ vollzogen werden. Unsere Kollegen katholischen Glaubens hatten zwischen dem „freiwilligen“ Austritt aus dem Deutschen Baugewerksbund oder dem Hinzuworf aus der katholischen Christengemeinde zu wählen. Das solle aber nicht besagen, daß sich die Arbeiter überhaupt nicht organisieren dürfen. Rein! Nur in der „einzigen richtigen“ Organisation sollten sie sein, nämlich in der christlichen Gewerkschaft. Um dies zu veranlassen, sei der Vertreter der christlichen Gewerkschaft erschienen. Doch der war umsonst erschienen. Unsere Kollegen sind der Aufforderung zur Aussprache nur wenig gefolgt, und wer es tat, der ist handstark geblieben. Als Protest gegen eine solche Handlungsweise berief aber der Ortsauschuß eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ein. Die prominenten Persönlichkeiten der Gewerkschaft und der christlichen Gewerkschaften wurden eingeladen. Wer aber nicht erschien, war die Geistlichkeit. Nur ein paar gekleidete Arbeiter hatten sich eingefunden; sie verkörperten das christliche Ortskartell Fraustadt. Im gut besetzten Saal sprachen die Kollegen L ä d e, S c h i n z, H a i n und S t a c h o w i a k. Kollege L ä d e als Hauptreferent verpflichtete die unnötigen Behauptungen der Gegner und bewies an Hand von Aussprüchen bedeutender christlicher Gewerkschaftsführer die zweifelhafte Einstellung der christlichen Gewerkschaften zur Arbeiterschaft. Er zeigte die historische Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung

auf, die durch irgendwelche Stingelgipfe in ihrem weiteren Aufstieg nicht zu hemmen sei. Kollege Schulz sprach über den Kampf, der auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung unter der bestehenden Reichsregierung von der Sozialdemokratischen Partei geführt wird. Er charakterisierte dabei die wankelmütige Stellung der christlichen Gewerkschaften. Kollege Gahn wies besonders die Einmischung der Geistlichkeit in die wirtschaftlichen Belange der Arbeiterbewegung zurück. So wenig wir einen Zwang auf die religiöse Einstellung unserer Mitglieder ausüben, so sehr müssen wir verlangen, daß die Geistlichkeit die gleiche Toleranz übt. Zur Zeit ist es so, so scheuen wir als freie Gewerkschaften auch den Kampf mit solchen Vertretern der Kirche nicht. Kollege Stadownik erwähnte alle Anwesenden, freu zur freien Gewerkschaftsbewegung zu halten. Er als Vorsitzender des Ortsausschusses kenne zur Genüge die Schwierigkeiten, die ihm schon in Frankfurt auf diesem Gebiet gemacht worden sind. Wir müssen uns die Einmischung der Geistlichkeit, der ganz andere Aufgaben obliegen, auf das schärfste verbieten. In der Aussprache nahm dann der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftskartells das Wort. Er stehe auf dem Standpunkt, daß das alte Bibelwort: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, auch fürderhin zu gelten habe. Er meine das allerdings nicht ganz wörtlich; aber Herren und Diener müsse es geben. Der Probst habe nur das getan, was der Bischof angeordnet habe. Ein bei den Christen organisierter Maurer erklärte, daß er dem Standpunkt der Kirche billige, und daß diese nicht ruhen dürfe, bis alle katholischen Arbeiter in die christliche Gewerkschaftsbewegung übergetreten oder im Weigerungsfalle aus der christlichen Gemeinshaft ausgeschlossen sind. Dieser Mann arbeitet bei einer Firma, die außer ihm nur freigeberwirtschaftlich organisierte Leute beschäftigt. Was würde dieser Kollege wohl dazu sagen, wenn unsere Kollegen, die mit ihm zusammenarbeiten, den Spieß einmal umdrehen würden? Welche unchristliche Intoleranz spricht aus seinen Worten! Wie würde derselbe Mann Jeter und Morbio schreien, wenn man ihn vor eine Ahlische, wie die von ihm vertretene Alternative stelle, sich entweder freigeberwirtschaftlich zu organisieren oder nicht mehr als Arbeitskamerad behandelt zu werden? Wie würden dann jene, die in der verführten Geistesvergewaltigung durch diesen Probst eine wohlgefällige Tat sehen, über solche „rohe Vergewaltigung“ zetern! Und wie der Spruch: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, sich vereinbaren läßt mit der Bruderlehre Christi, das mögen findige Pastoren ausknobeln. Kollege Lücke fertigte denn auch im Schlußwort diese Leuten mit schlagenden Zitate ihrer eigenen Führer glänzend ab. Der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftskartells aber hatte vorgezogen, beiseiten das Weiße zu lachen. Reicher Beifall zeigte, daß alle Redner der freien Gewerkschaften die richtigen Worte gefunden hatten. Die freie Gewerkschaftsbewegung hat durch diese Versammlung sicherlich an Boden gewonnen.

Hagen. (Ein Auchorevolutionär.) Der „Revolutionär“ Walter Neuwendorf hat bei der Baugewerkschaft Hagen seinen Austritt erklärt. Er tut dies mit folgender „Begründung“: „Der WGB vertritt nicht mehr die wahren Klasseninteressen des Proletariats. Trotzdem die Löhne weit unter dem Ändez stehen, versucht keine Organisation des WGB, auch nicht der BVB, durch Streiks selbige zu verbessern. Treten in irgendeinem Bezirk die Arbeiter in einen Streik, so wird selbiger sofort als wild erklärt, besonders wenn er beginnt, politische Normen anzunehmen. Anstatt einen Lohnkampf zu führen zum Sturze der Bourgeoisie, wird selbiger von dem WGB abgeschlossen, damit ja die nationale Republik nicht gefährdet wird. Dieses zeigt, daß der WGB eine staatsbehaltende Organisation ist. Ein großer Verrat des WGB ist das zentrale Schiedsgericht; dieses war der größte Hemmschub für Lohnkämpfe der Bauarbeiter; trotzdem dieses vorausgesetzt war, wurde selbiger noch vom Bundesvorstand als ein Erfolg den Mitgliedern vor Augen geführt. Ja, man begeht jetzt ein noch größeres Verbrechen, indem man einen Reichstaxi zum Abschluß bringen will, der wieder eine Verhöhnung der Bauarbeiter ist. Ich verweise nur auf die Ferienfrage. Wieviel Bauarbeiter werden wohl in den Genuss von Ferien kommen? Ich glaube, nicht mehr als 15 bis 20%. Es ließe sich noch vieles anführen, jedoch mit einem Wort gesagt: der WGB, einschließlic der ihm angehörenden Organisationen, auch der BVB, sind staatsbehaltend, also konterrevolutionär. Nur noch die Gerichte der Reaktion sind der Zeitgenossen des WGB. März sagt: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ Es wäre eines Revolutionärs unmöglich, noch länger Mitglied von konterrevolutionären Organisationen zu sein.“ Folglich bleibt der „Revolutionär“ Neuwendorf allein. Sein Evangelium ist der Streik, alles andere ist „konterrevolutionär“. Und dann muß der Streik, politische Normen“ annehmen, sonst ist auch er Quatsch. Aus der KP.D. hat man Neuwendorf wegen Fraktionsbildung auch schon ausgeschlossen. Er wird nun noch weiter nach links kriechen, wo der ganz subverne Revolutionarismus blüht. Das heißt: Er fröh sich zum Fräftlich ein halbes Duzend Kapitalisten und Reformisten mit Haut und Haaren, beraubt sich abends in irgendeinem Klub an ohnmächtigen, knalltot schimmernden Phrasen, sieht den Feind nur links und macht weiter in Arbeiterzerpfrierung. Und wenn dann jeder „Revolutionär“ sein eigener Verein ist, dann kann nach März die „Befreiung der Arbeiter“ vor sich gehen. Denn die kann nur durch Arbeiter geschehen, die sich untereinander befehlen und sich „revolutionär“ auseinanderganzorganisieren. Es muß auch solche Rätze geben!

Landsberg a. d. Warthe. Am 27. März fand die Vertreterversammlung unserer Baugewerkschaft statt. Anwesend waren, außer dem Vorstand, die Revisoren und die Vertreter aus Landsberg, Alt-Carbe, Berlinchen, Dühringshof, Dürleffel, Friedeburg, Lippehne, Meseritz, Schwerin und Soldin. Vom Bezirksvorstand nahm der Bezirksleiter, Kollege Lehmann, teil. Die Versammlung erbrachte zunächst das Mandat der verstorbenen Kollegen. Den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1926 erstattete Keller. Im Berichtsjahr herrschte große Arbeitslosigkeit. Die Erwerbslosigkeit wirkte sich naturgemäß im Gewerkschaftsleben un-

günstig aus. Im Durchschnitt sind von jedem Mitglied nur 28,7 Vollbeiträge entrichtet worden. Der Umsatz an Beiträgen ist im Berichtsjahre um 38,3% geringer. Bei den verminderten Einnahmen konnten nicht alle Wünsche der Mitglieder erfüllt werden. Die Mitgliederzahl ist erfreulicherweise stabil geblieben. Die Einnahme für die Hauptkassa betrug 30.138,05 M. Ausgegeben wurden für Arbeitslosenunterstützung 8238,80 M. für Krankenunterstützung 1498,25 M. für Invaliden- und Altersunterstützung 1380 M. für Streiks in anderen Berufen 173,05 M. und für Unterstützung in Sterbefällen 856,25 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 16.500,10 M., der eine Ausgabe von 10.595,36 Mark gegenüberstand. Bei der schlechten Arbeitslage suchten die Unternehmer die Löhne zu drücken. Das gelang in Lohnklasse III, wo der Lohn um 5 1/2 herabgesetzt worden ist. Die Kollegen in den ländlichen Gebieten müssen mehr als bisher auf die Einhaltung der vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen achten. Eine ganze Anzahl Differenzen wurden auf dem Verhandlungswege oder durch Klagen erledigt. — Keine Baustelle darf zukünftig ohne Delegierten sein. Auf die schriftliche Anmeldung müsse auch geachtet werden. Der Bauarbeiterlohn ist mehr als bisher zu fordern. Bei der Jubiläumfeier konnten 110 Kollegen auf eine 25jährige und längere Mitgliedschaft zurückblicken. — Die Vertreterversammlung billigte einstimmig die Einführung der Erwerbslosenmarke zu 10 1/2. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Anschließend berichtete Kollege Lehmann über den Reichstaxivertrag. Wegen einer Stimme wurde eine Entschlieung angenommen, in der anerkannt wird, daß durch den Abschluß des Reichstaxi-Vertrages eine neue Grundlage geschaffen worden ist, auf der die gewerkschaftliche Arbeit für den Baugewerksbund zu fördern ist. Es wird ferner ausgesprochen, daß die Verhandlungskommission alles getan hat, was im Interesse der Bauarbeiter liegt und in ihren Kräften stand. Pflicht unserer Mitglieder ist es nun, auf allen Baustellen die Bestimmungen des Reichstaxi-Vertrages und der Lohnvereinbarungen voll durchzuführen. — Im Anschluß daran wurde die neue Ortsfassung behandelt und mit den vom Bundesvorstand vorgenommenen Änderungen angenommen. Nach Durchlegung erhielt jedes Mitglied eine Ortsfassung. An Stelle des Kollegen Eise, der nun die Leitung der Baustelle hat, wurde Kollege Hahner einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Dem Baugewerkschaftsvorstand gehören nunmehr an: Hermann Hahner, Otto Meseritz, Rudolf Keller, Hermann Reichel, Otto Meseritz, August Kreke II. Die bisherigen Reichsrevisoren Gustav Friedeburg, Paul Böcker und Paul Oberländer wurden wiedergewählt. Geschlossen wurde, dem Kollegen Meyer, Friedeburg, der bereits seit längerer Zeit krank ist, eine Unterstützung aus lokalen Mitteln zu gewähren.

Oschau. In der am 6. März abgehaltenen Versammlung waren trotz besonderer Erkrankung nicht alle Kollegen erschienen. Es fehlten besonders immer die jüngeren Kollegen. Sie gehen lieber dem Vergnügen nach, anstatt ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Obgleich berichte von der Vorstandskonferenz in Breslau. Röhler gab Aufklärung über den Reichstaxivertrag und über die Akkordarbeit. Er erwähnte dabei auch unsere Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und zeigte an Sand von Laßbach, wie nötig unsere Organisation ist. Wir müssen dauernd rüsten, um stets zum Kampf bereit zu sein. Auch in diesem Frühjahr soll wieder Werbearbeit geleistet werden, um die noch abwärts Strebenden zu gewinnen. Vorgelegt wurde der Kartellbericht. Aus ihm war zu ersehen, wieviel Arbeitslose es im Kreise gibt. Darauf schilderte Röhler die Größe des Arbeitsfeldes, das Kollege Rebecky als Sekretär des Ortsausschusses zu bearbeiten liebt. Leider wird er wegen Krankheit sein Amt aufgeben. Für die Neubewegung dieses Postens kommen nur Bewerber in Betracht, die mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sind. Sie sollen möglichst auch aus diesem Kreise sein. Obgleich dies noch auf das Fachblatt unseres Bundes „Das Bauwerk“ und auf die Bundeskalender für das Jahr 1928 hin.

Oschau. Manche Kollegen fällt es äußerst schwer, sich in Unterfertigungsfällen an das zu halten, was die Lösung vorsehreibt, um eine regelrechte Überfertigung zu bringen. So wird von den Kollegen übersehen, daß sie verpflichtet sind, sich sofort nach Eintritt der Arbeitslosigkeit oder der Krankheit bei den dem bestimmten Stellen zu melden, auch wenn keine Unterfertigung beantragt werden kann. Auch wenn die Kollegen wieder in Arbeit treten, genügt die Meldung beim Unterfertiger nicht, sie muß immer an der Reichsstelle geschehen. Unsere Meldestellen befinden sich in der Bahnhofstraße bei Otto Roth, Burgberg; in Mägeln bei Schönfeld (Kohlengeschäft), Wermdsdorfer Straße; in Oschau im Bureau, Seminarstraße 10; in Strebla bei Otto Ebele, Fischergasse. Die Geschäftszeit in Oschau ist an jedem Freitag, in Mägeln an jedem Dienstag, in Strebla an jedem Sonnabend von 4 bis 6 Uhr, in Oschau Montags vormittags bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, Dienstags, Freitags und Sonnabends vormittags bis 1 Uhr. Es kann den Kollegen nur zum Vorteil gereichen, wenn sie sich dies einprägen und sich danach richten.

Ostrositz. Am 30. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Bernaich gab den Jahresbericht. Das Baujahr 1926 war eins der schlechtesten im letzten Jahrzehnt. Eine Anzahl Kollegen war während des ganzen Jahres arbeitslos. Der Neubau der Pfarrei, ausführende Firma Kosik, Leobschütz, den der Polier Kochamk, Ostrositz, in Akkord übernehmen hatte, mußte wegen Nichtabgabe des Tariflohnes gesperrt werden. Nach kurzen Verhandlungen erklärte sich Kochamk dann bereit, den Tariflohn zu zahlen. Doch er zahlte ihn nur kurze Zeit, weil sich wieder Unorganisierte fanden, die bereit waren, unter Tarif zu arbeiten. Eine Klage gegen die Firma Köhler, Gnadenfeld, wegen Nichtabgabe des Tariflohnes wurde vom Amtsgericht zu unsern Gunsten entschieden. Die Kollegen mußte der Lohn nachgezahlt werden. Eine Klage gegen das Baugeschäft Kochamk, wegen ungerichteter Entlassung eines Bauarbeiters, ist noch nicht entschieden. Die Jahres- und Vierteljahresabrechnung gab Kollege Hartnsche. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 55,53 M. Die Mitgliederzahl

ist auf 164 gestiegen. Bei den Vorstandswahlen wurden gewählt: zum Vorsitzenden Bernaich, zu seinem Stellvertreter Duffig, zum Kassierer Hartnsche, Stellvertreter Wleczorek, zum Schriftführer Swientich und zu Revisoren Appffel, Pank und Jurinbe. Hierauf wurde über die Verjämmlung unserer Baugewerkschaft mit Gleichig abgestimmt, wobei sich etwa 90% der Anwesenden gegen die Verjämmlung aussprachen. Zum Schluß sprach Bernaich noch über die Gewerkschaftsjugend.

Schneidemühl. Am 6. März fand unsere Generalversammlung statt. Vertreten waren 17 Jabststellen durch 21 Delegierte. Ferner waren anwesend der Vorstand der Baugewerkschaft und der Bezirksleiter, Kollege Hofmann. Die Bauitätigkeit war bis Mitte Juni sehr stark, die Mehrzahl der Kollegen war bis zu dieser Zeit arbeitslos. Dann setzte die Bauitätigkeit lebhaft ein, so daß auch Kollegen aus andern Orten hier Beschäftigung fanden. Im Gebiet der Baugewerkschaft wurden 710 Neubauten errichtet, davon waren 584 Wohnhäuser mit 1470 Wohnungen. Die Mitgliederzahl betrug 988. Die Einnahmen für die Bundeskasse betragen 26.728,38 M., die Ausgaben 24.933,05 M. Die Baugewerkschaftskasse nahm 11.595,80 M. ein und verbrauchte 11.809,63 M.; es verbleibt somit ein Kassensaldo von 286,17 M. Die von den Revisoren beantragte Entlastung wurde dem Kassierer einstimmig erteilt. Kollege Hofmann hielt dann einen allgemeinen verständlichen Vortrag über „Das Arbeitsfeldgeset“. Zu den Anträgen wurde beschlossen, von den Erwerbslosen 10 1/2 je Woche als Beitrag zu erheben. Ferner sollen für die Jabststellen 10 1/2 Lokalkassenschlag als Pflichtbeitrag erhoben werden. Der alte Vorstand wurde mit kleiner Änderung wiedergewählt. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Delegierten zum Bezirksrat in Stettin wurden einstimmig gewählt. Mit einem Hoch auf den Baugewerksbund schloß die Versammlung.

Strasund. Am 27. März tagte unsere Generalversammlung. Vom Bezirksvorstand war Kollege Koppermann, Stettin, anwesend. Vertreten waren 11 Jabststellen durch 16 Vertreter. Koppermann gab einen eingehenden Bericht über die Ortsarbeit; er erläuterte darauf den Geschäftsbericht und behandelte besonders die Fragen des Baudelegiertenwesens, der Jugendabteilung und der Arbeitszeit und forderte auf, den Achtundtag einzubalten. Das Omerbegehrte wurde für 32 Mitglieder angetragen. Es entschied in einem Fall zu ungunsten und in 23 Fällen zugunsten der Kollegen. Für 8 Mitglieder wurden die Klagen abgewiesen. Das Amtsgericht wurde in 3 Fällen angerufen, wovon 3 Fälle zu untern Gunsten entschieden und ein Fall abgewiesen wurde. Zwei Fälle waren noch nicht erledigt. Die ausgetragte Lohnsumme betrug 1148,05 M. — Die Einnahme der Baugewerkschaftskasse betrug 3746,62 M., die Ausgabe 3418,36 M., der Kassensaldo 328,26 M. Wegen Ueber-schreitung der gesetzlichen Arbeitszeit mußte das Omerbe-ausschicksamt in 13 Fällen angerufen werden. Durch Verhandlungen wurden 11 Streitfälle über Entlassungen, Auslösung, Lohn usw. erledigt. Das Versicherungsamt wurde in 4 Fällen angerufen. Steuererstattungsanträge wurden 238 ausgefertigt. In der sachlichen Zusprache befehligen sich die Kollegen Lichwald, Deberg, Wehrens, Pieper, Mura, Resfeldt, Wienke und Koppermann. Dem Kollegen Koppermann wurde Entlastung erteilt. Ein Antrag Sogard wurde abgelehnt. Der Antrag Strasund, bei Lohnvereinbarungen stets auch einen Bauhilfsarbeiter hinzuzuziehen, wurde angenommen. Ein Antrag Wergen, daß Reisezeit als Arbeitszeit bezahlt werden soll, wurde der Bezirksleitung überwiesen. Mura, Jugendleiter unserer Baugewerkschaft, wies auf die Notwendigkeit der Erfüllung der Lehrlinge hin und zeigte den Generalabteilungsvertretern an Hand von Modellen aus den Bauabenden, wie die Lehrlinge zu tüchtigen Facharbeitern erzogen werden können. Koppermann machte noch auf das Jugendtreffen zu Pippingen in Strasund aufmerkjam.

Wiesbaden. Unsere Baugewerkschaft hielt am 13. März ihre Generalversammlung ab. Anwesend waren aus 38 Jabststellen 56 Vertreter und 15 Vorstandsmitglieder und Revisoren. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1926 gab Haeje. Die Bauitätigkeit war im Baugewerkschaftsgebiet bis in die Hälfte des Jahres äußerst schlecht. Von unsern Mitgliedern waren am Anfang des Berichtsjahres 70% arbeitslos. Mitte Juli hatten wir bei 2500 Mitgliedern noch 599 Erwerbslose. Die niedrigste Erwerbslosenrate betrug 41%. Diese Zahl stieg bis zum Schluß des Berichtsjahres auf 85%. Bei der Juli-Baukontrollen wurden im Stadt- und Landkreis Wiesbaden 760 Bauarbeiter gezählt, die bei 36 Unternehmern auf 40 Neubauten und 16 Umbauten beschäftigt wurden. Erst in der zweiten Jahreshälfte konnte ein großer Teil unserer Mitglieder in Arbeit treten. Trotzdem bestand noch fortgesetzt ein Ueberangebot von Facharbeitern. Im Landkreis Wiesbaden wurden im Berichtsjahr durch den Bau von 160 Wohnhäusern 328 Wohnungen und durch 22 Umbauten 24 Wohnungen geschaffen. Im Kreis Unter-Taunus sind durch 180 Neubauten 303 Wohnungen und durch Umbauten 11 Wohnungen und im Rheingaukreis wurden durch 123 Wohnhäuser 213 Wohnungen und durch Umbauten 10 Wohnungen erstellt. Die Wohnungsnot ist in allen drei Landkreisen groß. Es fehlen insgesamt noch etwa 1800 Wohnungen. In der Stadt Wiesbaden wurden im Berichtsjahr 48 Wohnhäuser mit 166 Wohnungen bezugsfertig. Außer diesen sind noch im Juli und im August 400 neue Wohnungen in Angriff genommen. Das Bauprogramm der Stadt Wiesbaden sieht für 1927 vorläufig den Bau von etwa 800 Wohnungen vor. Zur Finanzierung dieses Programms sind 7 1/2 Millionen Mark erforderlich. Die Bauitätigkeit scheint also im kommenden Baujahr besser zu werden. Wegen der schlechten Bauitätigkeit versuchten die Unternehmer des Hoch- und Tiefbaugewerbes, die Löhne abzubauen. Dies gelang ihnen nur teilweise. Für Facharbeit wurde der Lohn von 1,17 M. auf 1,15 M. und für Hilfs- und Flechtarbeiten von 1 M. auf 95 c herabgesetzt. Für die Polier- und Schichtmeister wurde eine Verbesserung durchgesetzt. Indem jetzt die Mehrzahl der Poliere den im Reichstaxi-Vertrag

festgesetzten Zuschlag von 25% auf den Maurerlohn erhält. Für die Stukkateure ist der Lohn festgelegt; er beträgt 1,37 M. Für die Plattenleger wurde ein neuer Akkordtarif abgeschlossen, der aber eine Ermäßigung der Akkordtarife vorseht. Die Plattenleger müßten in einen Akkordstreik eintreten, weil die Unternehmer einen Lohnabbau von 2 1/2 vornehmen wollten. Der Streik wurde gewonnen und der alte Lohn von 1,32 M. wiederhergestellt. Für die Holzbohrer ist mit dem Verband der preussischen Landgemeinden, Kreisverband Westfalen-Land, für das Wirtschaftsjahr 1927/28 wieder ein Akkordvertrag abgeschlossen worden. — Im Frühjahr 1928 wurde zu Ehren von 252 Mitgliedern, die mehr als 25 Jahre unserer Organisation und ihren Vorläufern treu waren, ein Fest veranstaltet, wobei ein neues Freundesbanner geweiht wurde. Die Bauarbeiterprüfungskommission war eifrig tätig, alle Mißstände zu beseitigen. Besonders mangelhaft waren die Unterkunftsräume für die im Tief- und Straßenbau beschäftigten Arbeiter. Am Schluß des Berichtsjahres hatten wir 2648 Mitglieder, darunter 1229 Maurer, 1002 Hilfsarbeiter, 60 Zementeure, 199 Stukkateure, 43 Fliesenleger, 33 Polierer, 58 Pfafflerer, 8 Zöpfer, 3 Glaser und 5 Jollerer. Im Laufe des Berichtsjahres sind 10 Mitglieder gestorben, deren Andenken von der Generalversammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Haeße besprach dann die Frage der Arbeitszeit im Baugewerbe und forderte auf, jegliche Leistung von Leberstunden zu vermeiden. Ferner verbot er auf die Vereinerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die eine weitere Aufbesserung der Löhne erforderlich macht. Hierzu wird Anfang April mit den Unternehmern verhandelt werden. Die Abrechnung für das Jahr 1926 gab Dör. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauskasse schloßen mit 98 824,33 M. ab. Die Einnahmen der Kassa für den Zeitraum 40 392,23 M. Dazu kommt ein Bestand vom Vorjahr in Höhe von 11 808,71 M. Die Ausgaben betragen 37 512,87 M., so daß ein Kassensaldo von 14 888,27 M. verbleibt. — In die Berichte schloß sich eine ausgedehnte Aussprache, in der besonders die von einzelnen Mitgliedern geleisteten Überstunden verurteilt wurden. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt. Angenommen wurden zwei Anträge, die die Wiedererführung der fünf- undviertägigen Arbeitswoche und die Bildung eines Bezirksarbeitsnachweises verlangen. — Als Vorredner wurde Haeße und als Kassierer Dör. wiedergewählt. In die Stelle des aus dem Bureau ausgeschiedenen Kollegen Sartmann wurde Hölzel gewählt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden ferner gewählt: Albus, Zementeur; Ehrlich, Pfafflerer; Gärtner, Stukkateur; Herborn, Polier; Stoffel, Fliesenleger; Fuchs, Maurer; Heßner, Maurer; Koch, Maurer; Martin, Maurer; Schlein, Hilfsarbeiter; und Schwarz, Hilfsarbeiter. Die bisherigen Revisoren Bach, Dauber und Schmidt wurden einstimmig wiedergewählt. Zu Delegierten zum Ortsauschuß des DGB. wurden gewählt: Albus, Bester, Gärtner, Haeße, Heilmann, Koch und Heßner. — Hierzu hielt Kollege Sartmann, Frankfurt a. M. einen Vortrag über Wirtschaftfragen, wobei er auch die Verhandlungen über den Reichsarbeitsvertrag streifte. Zu der am 27. März in Frankfurt a. M. stattfindenden Bauarbeiterkongress wurden als Abgeordnete Haeße, Löw und Herborn gewählt.

Wittenberg. (Jahresbericht.) Das Jahr 1926 hat uns wenig Erfreuliches gebracht, denn die Bauwirtschaft ließ viel zu wünschen übrig. Es hat zu keiner Zeit bei uns eine so hohe Erwerbslosigkeit gegeben als im Berichtsjahr. Nach amtlicher Meldung sind 614 Neubauten errichtet worden, die 555 Wohnungen brachten. Diese Zahl genügt nicht, um der Nachfrage der 2300 Wohnungsuchenden gerecht zu werden. Die Arbeitslosigkeit unter den Facharbeitern betrug durchschnittlich 90%. Zielungsarbeiten konnten wegen Mangels an Kapital und an finanziellen Zuschüssen nicht in dem Maße ausgeführt werden, wie es eigentlich sein müßte. Wenig Schwierigkeiten hatten wir mit der Akkordarbeit; wenn auch hier und dort vereinzelt der Achtstundentag überschritten wurde, so gilt allgemein doch die achttägige Arbeitszeit als Gesetz. Wenn bei den Pfeisterer Schichtwerkern die Arbeitszeit nicht eingehalten wurde, so lag es nicht an unserer Organisation. Ertfritte Grände spielten dabei eine wichtige Rolle; andererseits trägt aber auch die Kollegenhaft ein gut Stück Verantwortung für diese Zustände. Die Geschäftsleitung einer Ortsverwaltung ist ein Weser ohne Klinge, wenn die Kollegenhaft nicht hinter ihr steht. — Die Bauarbeiterbeschreibungen haben in unserm Bezirk wohl die gewünschte Beachtung gefunden; denn es ist festzustellen, daß sich im vergangenen Jahre — mit kleinen Ausnahmen — keine Unfälle ereignet haben. Nicht erfreulich ist das Baudelegiertenwesen. Baudelegierte mußten also oft von dem Baugewerkschaftsvorstand ernannt werden. Wie weit die Rechtmäßigkeit der Baudelegierten Beachtung findet, zeigte der Fall Lohner, Wittenberg. Dieser Unternehmer konnte es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, wenn Baudelegierte gewählt werden. Er wollte nur von seinen Stammlisten Delegierte gewählt haben. Trotz wiederholter Mahnung wurde von ihm der Namentausch der Baudelegierten auf der Baustelle nicht angebracht; obendrein entließ Lohner noch die beiden Baudelegierten. Es wurde dann entsprechend §§ 95 und 99 des Vertriebsgesetzes Klage bei der Staatsanwaltschaft erhoben. Schließlich ist dann mit der Wiedererstellung der entlassenen Baudelegierten die Angelegenheit aus der Welt geschafft worden. Wenn unsere Kollegen auf einer Baustelle bestanden hätten, so wäre dies auch gegen Lohner in Anspruch genommen worden. Ein Entgegenkommen, das ein Unternehmer einem Arbeiter nicht immer zuteil werden läßt. — Einige Klagen sind vor dem Staatsfinden der Termine durch Vergleich erledigt worden. Die Werbearbeit hat im vergangenen Jahr reiche Früchte getragen. Unsere Mitgliederzahl stieg um rund 300. Leider sind unsere Klassenverhältnisse nicht rosig. Die große Aussperrung 1925 und eine achtzehntägige Aussperrung der Scheibentöpler in Gösmig im Jahre 1926, die ebenfalls mit Erfolg beendet wurde, sowie die Bearbeitung

des weit ausgedehnten Organisationsgebietes unserer Baugewerkschaft mit ihren 23 Jahrestellen und 2 Fachgruppen erfordern große finanzielle Opfer. Im Jahr 1926 betrug die Einnahme für die Bundeskasse 57 909,48 M. Die Baugewerkschaft hatte eine Einnahme von 15 062,40 M., der aber eine Ausgabe von 16 746,95 M. gegenübersteht. Die Mindereinnahme beträgt demnach 1684,55 M. Anzeichen, die auf eine Besserung der Bauwirtschaft im laufenden Jahr und somit auch auf einen Aufstieg unserer Bewegung schließen lassen, sind vorhanden. — Am 6. März hielten wir unsere Vertreterversammlung ab. Erschienen waren aus 17 Orten 48 Vertreter und als Vertreter der Bezirksleitung Kollege Zehle. Priena u. wies darauf hin, daß seit der letzten Vertreterversammlung 2 Jahre verstrichen sind, schließlich darauf die Bewegung während dieser Zeit und ging besonders auf die großen Kämpfe ein. — Der Geschäftsleitung wurde Entlastung erteilt. Zehle sprach darauf über den Abschluß eines neuen Reichsarbeitsvertrages. In ausgezeichnete Weise legte er dar, wie schwierig sich die Verhandlungen gestaltet haben und widmete sich der Lehrlingsfrage. Der Lehrling müsse auf der Baustelle so erzogen werden, daß er später ein tüchtiger Kollege und Gewerkschafter werde. Der beste Erzieher sei die Gewerkschaft. — Zur Schaffung einer neuen Ortsleitung wurden Vorstand underrat der Baugewerkschaft beauftragt, die Vorarbeiten zu erledigen. Als Unterlage

Ohne Beitragsleistung kein Fortschritt!
Für die Woche vom 17. bis 23. April ist der 16. Bundesbeitrag für 1927 zu zahlen.

folle dabei die bereits vom Bundesvorstand genehmigte Ortsleitung der Baugewerkschaft Halle dienen. Die Leiter in der Verwaltung wurden wie bisher befehlt. Zum Vorredner wurde Priena, zum Kassierer Hermann Brandt, zum Schriftführer Otto Brandt und zu Revisoren wurden Liebmann und Döring gewählt. Von der „kommunistischen Fraktion“ wurde eine Resolution eingebracht, daß die Vertreterversammlung auf das Schicksal gegen die Auflösung der Baugewerkschaft Stellung nehmen und gegen den Ausschluß Baumgärtels protestieren. Diese über diese Resolution zur Tagesordnung übergegangen wurde, bereit keiner Erwähnung. Mit anfeuernden Worten, alles daran zu setzen, dem Baugewerksbund neue Mitglieder zuzuführen und für unsere gewerkschaftlichen Ideale tätig zu sein, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unseren Bund geschlossen.

Aus den Fachgruppen

Bau-Werkmeister.

Chemnitz. Am 24. März fand nach langer Zeit eine Versammlung der in unserer Baugewerkschaft organisierten Bau-Werkmeister statt. Der gute Besuch dieser Versammlung zeigte dann, daß die Kollegen fest gewillt sind, die Interessen ihrer Berufsgruppe nimmer besser als bisher wahrzunehmen. Kollege Schmidt verwies auf die Lage der Bau-Werkmeister. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen noch viel zu wünschen übrig. Der Vollerbund, der leider immer noch das Recht der Vertretung der Bau-Werkmeister für sich allein in Anspruch nimmt, sollte im Interesse der Gesamtheit diesen Standpunkt aufgeben. Seine Kraft, die er für Unternehmern entgegenstellen kann, ist durch die Ausschaltung der Bau-Werkmeister vom Baugewerksbund und Zimmererverband nur die halbe Kraft der im Reich vorhandenen Kollegen; dem entsprechend müßten auch die Verhandlungsergebnisse ausfallen. Jeder Kollege muß in den Kreisen der Kollegen vom Vollerbund in dieser Richtung aufklärend zu wirken suchen. Auch in anderen Fragen, so der rechtlichen Stellung der Bau-Werkmeister als Angestellte, ferner auf dem Gebiete der Sozialversicherung herrscht bei den Kollegen noch immer viel Unklarheit. Darüber muß Aufklärung geschaffen werden. Vor allem aber sollten die Kollegen wieder eine geschlossene Fachgruppe für das Gebiet unserer Baugewerkschaft bilden. — Die Aussprache bewegte sich im Rahmen des Vorgesagten. Besonders wurde hervorgehoben, daß in letzter Zeit bemerkbar gewesene Flaue in der Hauptsache an den unglücklichen Organisationsverhältnissen der Bauarbeiter gelegen habe. Mander Kollege hat in der Spaltungszeit nicht den Mut gefunden, sich zum Baugewerksbund zu bekennen und sich, um „neutral“ zu erscheinen, dem Vollerbund zugewandt. Die Notwendigkeit der Wiedererrichtung einer Fachgruppe wurde alleseitig anerkannt und Kollege Schneider (Maurerpolier) als Obmann, Kollege Sarrazin (Schachmeister) als sein Stellvertreter und Kollege Endlich (Maurerpolier) als Schriftführer gewählt. — Die nächste Versammlung findet am 7. April statt.

Glaser.

Dresden. Am 26. März hielten wir unsere Jahresversammlung ab, die leider nur schwach besucht war. Die Mitglieder der gedachte zunächst des verstorbenen Kollegen Wöfel. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1926 keine Veränderungen im Lohn eingetreten sind. Zu einem neuen Tarif ist es nicht gekommen, weil der Innung die 48stündige Arbeitswoche nicht genügt. — Auf dem Arbeitsnadel sind zur Zeit 36 Arbeitslose eingetragen. Für dies Jahr wollen wir hoffen, daß die uns noch fernstehenden Kollegen den Weg zum Baugewerksbund finden werden, damit wir der Innung geschlossen gegenüberstehen können. Zum Obmann wurde Leusch, zum Stellvertreter Pinkert und zu Schriftführern wurde Stauff und Wöfel junior gewählt. Die nächste Versammlung wird am 26. April im Volkshaus abgehalten. Wir erwarten einen besseren Besuch!

Jollerer.

Ablauf des Reichsarbeitsvertrages. Bekanntlich läuft am 30. Juni der Reichsarbeitsvertrag für die Arbeiter der Wärme- und Kältefachtechnik ab. In verschiedenen Städten und Bezirken hat man sich bereits mit der Frage beschäftigt, ob der Tarifvertrag gekündigt werden solle

oder nicht. Abgesehen davon, daß der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag verschiedene erhebliche Verschlechterungen brachte, muß bei dieser Frage auch beachtet werden, daß eine Lohnfestsetzung bis zum 1. Juli 1928 unmöglich ist, wenn der Vertrag nicht gekündigt wird. Die Löhne sind unabhängig von der Erhöhung der Löhne erreicht, dann muß die Festsetzung der Löhne und des gesamten Lebenshaltungsniveaus von den Jollerern getragen werden. Infolgedessen werden wir den Vertrag am Schluß des Monats April kündigen müssen.

Allgemeinverbindlichkeitsvertrag. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung machte unter dem 22. März bekannt, daß der Bezirksrat der Jollerer für die freistaatlichen Sachsen, Thüringen, Anhalt und die Provinz Sachsen mit Wirkung vom 1. März dieses Jahres an für allgemeinverbindlich erklärt ist. Das mag für die übrigen Bezirke ein Ansporn sein, in Gemeinschaft mit den Unternehmern auch ihrerseits die Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen. Das ist dringend zu empfehlen trotz des Ablaufs des Reichsarbeitsvertrages.

Bremen. Am 3. März hielt unsere Fachgruppe ihre Jahresversammlung ab. Ueber die Tätigkeit der Fachgruppenleitung berichtete der gedruckt vorliegende Jahresbericht. — In die Fachgruppenleitung wurden die Kollegen Heinrich als Obmann, Dornick als Stellvertreter und Müller als Schriftführer gewählt. Zu Mitgliedern der Lohnkommission wurden Priesel und Brause als gewählt, in die Bauarbeiterprüfungskommission ebenfalls Priesel, und in die Schlichtungskommission Priesel und Mühlh. — Darauf erstattete Dornick den Bericht von der Generalversammlung der Baugewerkschaft wurden Dornick und Priesel gewählt, als Ersatzleute Mühlh. und Alis Müller. Die Versammlung mußte sich dann noch mit zwei Kollegen beschäftigen, die gegen die Grundzüge unserer Organisationsverhältnisse haben. Dem ersten Kollegen wurde zunächst für ein Jahr das Vertrauen zur Bekleidung von Leitern in unserm Bund abgesprochen, und ihm außerdem eine Klage erteilt. Dem zweiten Kollegen, der bei auswärtigen Arbeiten 10 Stunden gearbeitet hatte, wurde eine Buße von 20 M. auferlegt. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eberfeld. Mit der Firma Winger & Co. liegen die Kollegen wegen Einbindung des Reichsarbeitsvertrages dauernd vor den Gerichten. Die Kollegen werden dringend gewarnt, bei dieser Firma in Arbeit zu treten; wir haben über das Geschäft die Sperre verhängt.

Stukkateure und Pußer.

Wegen Abschlußes eines Reichsarbeitsvertrages beginnen am 23. April erneute Verhandlungen mit dem Stuckateurenbund. Weitere Mitteilungen geben den Fachgruppen durch Rundschreiben zu.

Zöpfer und Fliesenleger.

Erzgebirge. Hier ist ein Streik der Scheibentöpler ausgebrochen. Der Zustand wird gemarnt. — Hagen i. W. (Hiesler). Die „Lehrwerkstätte“ des Schöppe ist von der Polizei geschlossen worden. Sein Vorhaben und sein Geschäftsbetrieb führen zur Schließung des Schmelzbetriebes. Schöppe hatte noch die Frechheit, den Geschäftsführer unserer Baugewerkschaft wegen „Beleidigung in 5 Fällen“ zu verklagen. Außerdem ließ er durch seinen Rechtsbeistand Schadenersatzklagen androhen. Schöppe soll nun wieder nach Hamburg zurückkehren sein. In Hagen hat er 16 Dummge gefunden, die ihm die Polizei erst zögernd und dann auch noch spät gegen Schöppe eingriff, trotzdem er stark mit Vorstrafen wegen Eigentumsvergehen belastet ist. Zuletzt war er in Hamburg angeklagt, wo er aber auf Grund § 51 freigesprochen wurde. Hirschberg i. Schl. Die Denscher im Hirschberger Bezirk stehen in Tarifverhandlungen. Alle Anfragen wegen Arbeit sind an das Bureau der Baugewerkschaft Hirschberg i. Schl., Sand 15, Hinterhaus, zu richten.

Rheinland-Westfalen. Die Denscherbewegung ist beendet. Mit den Unternehmern ist eine Vereinbarung zu Stande gekommen, wonach vom 1. April an ein Lohnzuschlag von 5 1/2 die Stunde und von 1. Oktober an weitere 5 1/2 je Stunde, insgesamt dann 1,70 M. Stundenlohn gezahlt werden.

Flotten, früheren Kachel- oder Glaserformen für Altbauarbeiten stellt für dauernd sofort ein Werner Denscher, Denscherstr. 15, Hiesler (Hiesler).

Denscher, auf vorgel. Schmittmann einbinden. — Stoll sofort ein Straßburger Postweg, Albert Franke Wagh, Straßburg (Hiesler).

Stützigen Kachel- und Reformier lüdt Fritz Briel, Reutlingen (Württemberg), Platte 18.

Internationale Bauarbeiterbewegung

(B-1) Dänemark. Die Aussperrung der Maurer in den Provinzstädten dauert nun bereits die siebte Woche, ohne dass es bisher möglich war, über die beiden Hauptforderungen des Maurerverbandes eine Verständigung herbeizuführen. Diese Forderungen sind, wie bekannt: Abschaffung der Lohnregulierungen nach dem zweimal im Jahre errechneten amtlichen Index und Einführung der obligatorischen Akkordarbeit bei Neuarbeiten. Wegen der grossen Arbeitslosigkeit im dänischen Baugewerbe wurden nur wenige Hunderte der Mitglieder des Maurerverbandes von der Aussperrung betroffen, und da eine grosse Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder nach der Proklamierung der Aussperrung auch weiterhin ihre Arbeitslosenunterstützung beziehen konnte, war die Massnahme der Unternehmung eigentlich verfehlt. Die Unternehmung waron enttäuscht und befürchteten, dass der Maurerverband viel länger als ihnen erwünscht den Kampf aushalten könnte. Aus diesem Grunde beschloss die Unternehmersonganisation, die Aussperrung auf folgende Bauarbeitergruppen auszuweiten: Sämtliche Mitglieder der Verbände der Zimmerer, der Tischler (Bau- und Möbeltischler), alle im Baugewerbe beschäft-

der schon von der Praxis geschaffen wurde: Sie zeigt ferner, welche Bedeutung die Bewegungsjahre bei einflussreichen Firmen sowie bei Behörden und sonstigen Behörden heute schon gefunden haben. Die für weitere Ausbreitung und Vertiefung dieses Sondergebietes anzuregen. — In einem anderen sind die wichtigsten Betonbestimmungen einiger wichtiger Länder Europas sowie auch jene Normenrichtlinien aufgenommen worden.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Vom 29. März bis 4. April 1927 haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Aifling 50,50 M., Alfelden 4, Augsburg 1000, Altendorf 800, Bielefeld 3000, Barmen 1500, Baur 700, Bernau 400, Bremen 5000, Burgfeld 300, Burgf. 54,35, Braunshweig 1420, Bonn 50, Bochum 700, Colbitz 130, Cottbus 300, Göttingen 200, Gorbach 200, Döberan 300, Düren 272,50, Duisburg 1800, Döbeln 650, Elmshorn 1000, Eisenberg 500, Offen 2000, Frankfurt a. d. O. 400, Frankenhäuser 150, Fürstenwalde 250, Falkenberg 13,50, Finsterwalde 250, Gelsenkirchen 1000, Guben 850, Gollnow 455,35, Osnöien 100, Gelsenau 1000, Goslar 270, Götting 1500, Gummersbach 90, Hameln 357, Jena 325, Koblenz 18, Krefeld 500, Kahl 67,28, Köslin 2000, Klosterlausnitz 200, Königsberg i. Pr. 14, Laage 80, Lausitz 110,80, Emsburg 300, Kötz 41,50, Mainz 1000, Mühlheim 1000, Mannheim 1200, Neubrandenburg 200, Neudamm 80, Neugard 38,65, Rowaues 450, Naumburg 220, Rosenfelderhütte 150, Reustein 100, Rortorf 41,85, Reuthehen 11,25, Rorbahnen 500, Reustadt a. d. Oria 200, Odessee 300, Osabrück 200, Orv 400, Pögnitz 400, Potsdam 1000, Pölsin 37,65, Querfurt 150, Rothenball 200, Regensburg 500, Recklinghausen 800, Reichenburg o. d. E. 100, Stade 439,75, Schwabe 150, Stavenhagen 90, Schwann 73, Staffort 745, Schneidemühl 400, Straßburg 400, Stolp 360, Stuttgart 3000, Schwidnitz 400, Schleswig 330, Schweibeln 91,75, Seib 100, Strauberg 100, Ustka 100, Wpda a. F. 200, Wittenberg 160, Walzrode 300, Waren 100, Worms 500, Weimar 300

Kolbener: Lausitz 7,50 M., Dschaf 25, Rothenburg a. d. E. 17, Schwelben 5. Markenmappen: Oelsenkirchen 7,50 M., Klosterlausnitz 1,25. Futterale: Klosterlausnitz 4 M. Bundesmappen: Lüdenscheid 5 M., Kempten 5, Gensfenberg 25. „Grundstein“-Einbände: Dschaf 4 M. Bauabend: Augsburg 4 M., Burg b. M. 8, Braunschweig 10, Detmold 3, Orléan 1,80, Dresden 30, Erfurt 2, Frankfurt a. M. 4, Gelsenkirchen 3, Haterberg 7,20, Köslin 6, Klosterlausnitz 2, Lüdenscheid 6, Minden 9, Muskau 2, Neubrandenburg 5,40, Nordlingen —20, Neustadt a. d. O. 2, Speyer 15, Stuttgart 4, Uelzeien —80, Ustka 4. Der Bundesvorstand.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das Jahr 1926.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Für Beiträge', 'Kampfbeträge', 'Mitgliedsbücher', 'Erfahrungsbücher', etc. Total sum: 11 413 893,86 M.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Für den „Grundstein“', 'Gemeinschaftszeitung', 'Gewerkschaftliche Frauenzeitung', 'Ligation u. Aufsatz d. Bezirkskassen', etc. Total sum: 395 101,20 M.

Für persönliche Verwaltungskosten:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'a) Gehalt der Vorstandsmitglieder', 'b) „Bureauhilfsarbeiter“', 'c) Bundesauswärtige', etc. Total sum: 6 155 081,82 M.

Samburg, 2. April 1927. Herrn Robet, Kassierer. Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Bundesvermögen ist uns nachgewiesene beziehungsweise vorgelegt worden.

Die Revisoren: S. Marks, B. Schulze, B. Seifig.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Varmen-Ebersfeld. Karl Schmidt, Maurer, 58 Jahre alt. (Haglinghausen.) Aug. Lehmann, Maurer, 61 Jahre. Breslau. Johann Günther, Puffer, 67 Jahre. Cottbus. (Warben.) Wilh. Noack, Maurer, 32 Jahre alt. Dresden. Heinrich Kosecker, Hilfsarb., 58 Jahre alt. (Köhlchenbroda.) Paul Voigt, Maurer, 49 Jahre alt. (Freital.) Curt Benedix, Hilfsarb., 37 Jahre alt. (Kleinnaundorf.) Gust. Lindner, Maurer, 71 Jahre alt. Flensburg. Georg Lütjke, Maurer, 64 Jahre alt. Frankfurt a. M. (Laupen.) Phil. Brödtter, Maurer, 78 J. (Hörfelden.) Jak. Schulmeyer, Maurer, 48 Jahre alt. (Langensfelde.) Pot. Meaderich, Maurer, 56 Jahre. Kamen. Max Schulz, Zäpfer, 49 Jahre alt. Wilhelm Mattsch, 75 Jahre alt. Leipzig. Oskar Männel, Glaser, 65 Jahre alt. Karl Gelller, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt. Richard Waldenberg, Hilfsarbeiter, 33 Jahre alt. Peiffermühl. Hermann Hauschek, 1. Maurer, 52 Jahre alt. Thale a. S. (Quedlinburg.) Karl Koppel, Maurer, 56 J. Wittenberg. Gustav Wünsche, Zäpfer, 60 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Breslau. (Feuerwerks, Schornstein- und Ofenbauern.) Wichtige Versammlung am Montag, 18. April (2. Dienstag), vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Unter anderem: Bericht des Kollegen Bogmann von der Reichstagsversammlung, Wichtige Ereignisse in notwendig! Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Baugew. Flensburg. Supererleite Kollegen haben sich, bevor sie in Arbeit treten, im Bureau, Schloßstr. 44/46, Gewerkschaftshaus, zu melden.

OPEL Größte Produktion der Welt! FAHRER | STAGE ZUR Ansicht

OPPEL FAHRER mit bedingungslos. Rücksendungsrecht b. Nichtgefallen. Modell 1927 stattet. 250

Aria-Rad unübertroffen 5 Jahre Garantie-Franco-Zusendung. 100000 km. durch Schlamm u. Dreck. Alles für Radler. Franz Verheyen

Versandhaus Fritz Ulrich Medizinische Verordnungen und Spezialbedarf. Schallplatte 9, 12 und 15 cm Hand. Werkzeug e. Hammer, Meißel, Feilen, etc.

Sommersprossen!! Billige böhm. Bettfedern. Wenden Sie sich vertrauensvoll an mich. Frau M. Poloni, Hannover A. 15, Eidenstraße 30A.

Rosen 10 Stück 5,75 M. frei Haus! Beste Sorten i. guter Packung. Preisliste auf Anfrage frei. Prisdorf bei Pinneberg (Holstein).

Louis Mosberg, Bielefeld gegründet 1858. Spezialfabrik für Verordnungs- u. Spezialheftung. Wenn am Plage nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. Preisliste gratis.

Salit zum Einreiben bei Rheumatismus, Reifen, Glieder, Schmerzen, Gelenksfuß, Neuralgien, Schiäas, Folgeerscheinungen von Gicht und Infuenza. Salit bringt durch die Haut in den Körper, belastet also im Gegensatz zu Medikamenten, die man einnimmt, weder Magen noch Darm. Man frage seinen Arzt.

Arcona-Räder mit Federgabel Arcona-Räder mit Ballonreifen. Ernst Machnow Berlin C. 14, Weidenhofstraße 14

Musikinstrumente Harmonikas, Sprechapparat, Elektrifiziert, Katalog gratis. Niedrige Preise. Ernst Machnow Berlin C. 14, Weidenhofstraße 14

3 m Anzugstoff Melton-Cheviot, marineblau oder schwarz, eleganter Anzug, für nur 11,80 Mk. Wimpfheimer & Co., Augsburg 78

Die Leipziger Baumeffe.

6. bis 12. März 1927.

Von Friedrich Kutz, Architekt.

Den kräftigen Aufschwung des Bauwesens hemmte im vorigen Jahre noch der Kapitalmangel; die diesjährige Frühjahrsmesse dagegen wurde offensichtlich belebt durch flüssiges Kapital und den dadurch angeordneten Unternehmungsgeist.

Die günstigen Aussichten für die Bauindustrie haben dazu geführt, daß neben vielen bewährten Erzeugnissen auch zahlreiche neue Erzeugnisse zum Vorkommen gekommen sind.

Alle Fortschritte auf dem Gebiete der Wand- und Deckenkonstruktionen zielen darauf hin, am Baustoff zu sparen und die Bauausführung zu beschleunigen. Beton- und Ziegelkonstruktionen suchen sich in dieser Hinsicht gegenseitig zu überbieten.

Stoffe, die leicht und nagelbar und insbesondere zur Herstellung trockener, warmer und gesunder Kleinwohnungen und Siedlungsbauten geeignet sind.

Die Betonindustrie ist eifrig bemüht, Baustoffe ausfindig zu machen, die ständig wiederkehrenden Anforderungen entsprechen und sich demgemäß fabrikmäßig herstellen lassen.

Zum ersten Male begegnete ich auf der Messe dem von Walter Erlmann auf den Markt gebrachten Steinrohr, das als Schutz- und Sättigungsmittel für Stein- und Zementarbeiten aller Art gegen alle schädlichen Witterungseinflüsse empfohlen wird.

Die Stände der Flachglasindustrie werden ungefähr in derselben Aufmachung wie zur Herbstmesse gezeigt, und zwar treten namentlich Hartmann & Schulze und Gebr. Hirsch nach, beides Leipziger Firmen.

Viel Beachtung findet das neue Trockenheizverfahren für Neubauten mittels der fahrbaren Druckluft-Trockenheizmaschine, das in jüngster Zeit vielfach besprochen wurde.

nen Mörtels bei Anwendung dieses Systems größer ist als die des normal getrockneten Mörtels nach Verlauf von zwei Jahren.

In großartiger Weise hatten wieder die Baumaschinenfabriken auf der Messe ausgeföhrt; insbesondere sah man Pressen zur Ziegel-, Fliesen- und Dachziegelherstellung, Sand- und Kiesmaschinen, Betonmischer von hoher Leistungsfähigkeit, Bauaufzüge, eiserne Formen zur Herstellung von Hohlsteinen, Betonröhren usw.

Die Baumeffe bietet noch eine große Fülle von interessanten Dingen, die einem sicher nicht kleinen Teile noch unbekannt sind und wohl einer näheren Silderung würdig wären.

Ein Glöckenspiel aus Porzellan. Im Mai 1929 wird die Stadt Meißen ihr tausendjähriges Jubiläum begehen. Aus diesem Anlaß soll in der Altstadts-Burg ein Stadtmuseum errichtet werden.

Vierstöckige Straßen. Der amerikanische Ingenieur Johnson beschäftigt sich in einer Veröffentlichung mit der Lösung New Yorker Verkehrsfragen.